

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

119 (26.5.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich. Einzelheft 20 Pf. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7/8—11 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. 3.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestellen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—M. Die Melamegele 3.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestellen: 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet.

Essen, 26. Mai. Eine hier abgehaltene Konferenz des sozialdemokratischen deutschen Metallarbeiterverbandes für die Verwaltungsbezirke Düsseldorf, Köln, Minden und Münster erhob Protest gegen die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet, deren Urteile als ungerecht bezeichnet wurden.

Die Tarifverträge für den Bergbau.

Essen, 26. Mai. Die Tarifverträge für den Bergbau sind zum Abschluß gelangt. Die Bergleute erhalten eine weitere Schichtzulage von 6 M. Das Kindergeld wird erhöht.

Die Betriebsräte im Bergbau.

Dachau, 26. Mai. Die Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter hat eine Eingabe an die Staatsregierung gerichtet, worin ersucht wird, sofort Maßnahmen für die Tätigkeit der Betriebsräte im Bergbau heranzuziehen. Auf den Forderungen des Ruhrgebiets sei es zwischen den Betriebsräten und den Betriebsräten zu Konflikten gekommen, da die Verwaltungen den Betriebsratsmitgliedern das Befahren der Gruben ganz oder teilweise unterlagerten und ihnen, wenn es trotzdem geschah, Lohnabzüge machten.

Der Reichstarif für die Angestellten.

Berlin, 26. Mai. Der Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine teilt mit: Die Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifvertrags für die Angestellten bei den Behörden des Reichs und Preußens sind nach monatelanger Dauer soweit gediehen, daß der Vorvertrag über den Gehaltszeit des Reichstarifs abgeschlossen werden konnte mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1920.

Die Märzvorgänge in der Marine.

Berlin, 26. Mai. Von dem Untersuchungsausschuß für die Klärung der Märzvorgänge in der Marine sind bisher 30 Fälle beim Reichsjustizminister zur Entscheidung gebracht worden.

Die zugelassenen Reichswahlvorschläge.

Berlin, 26. Mai. In der Sondernummer des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht der Reichswahlleiter die vom Reichswahlprüfungsausschuß zugelassenen Reichswahlvorschläge mit Kennnummern in folgender Reihenfolge: Nr. 1: S. P. D., Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 33 Bewerber; Nr. 2: Peter Spahn, Zentrum, 17 Bewerber; Nr. 3: Peter-Johann, 38 Bewerber; Nr. 4: Deutschnational, 21 Bewerber; Nr. 5: Deutsche Volkspartei, 21 Bewerber; Nr. 6: U. S. P. D., Toni Sender-Dittmann, 24 Bewerber; Nr. 7: Deutsche Mittelstandspartei, 3 Bewerber; Nr. 8: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), 17 Bewerber; Nr. 9: Alte Partei, 1 Bewerber; Nr. 10: Aufbaupartei, 12 Bewerber; Nr. 11: Nationaldemokratische Volkspartei, 6 Bewerber; Nr. 12: Bayerischer Bauernbund, 1 Bewerber; Nr. 13: Ober, 6 Bewerber; Nr. 14: Oberstadt, 4 Bewerber; Nr. 15: Christlich-föderalistische Reichswahlhilfe, 3 Bewerber; Nr. 17: Deutsch-sozialistische Partei, 11 Bewerber; Nr. 17: Bauern Volkspartei, 12 Bewerber.

Japan und China.

Beijing, 26. Mai. Gestern nachmittag gab die chinesische Regierung dem japanischen Botschafter in Beijing die Antwort, daß sie das Ansuchen, Verhandlungen über die Schantungfrage einzuleiten, ablehne.

Das deutsch-russische Gefangenenaustauschabkommen ratifiziert.

Berlin, 24. Mai. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Das Abkommen mit Sowjetrußland über den Gefangenenaustausch ist von beiden Seiten ratifiziert. Der zweite Transport mit deutschen Heimkehrern aus Sowjetrußland ist am 22. Mai im Durchgangslager Krasnoj bei Sieditz eingetroffen.

Abermalige Auffhebung der Konferenz von Spa.

Lugans, 25. Mai. (Privattelegramm.) Nach einer zündigen Meldung ist es nicht ausgeschlossen, daß die italienische Regierung sich gezwungen sehen wird, von den Verbündeten einen neuen Aufschub der Konferenz in Spa zu fordern. Die Kammer wird voraussichtlich am 6. Juni eröffnet werden. Wenn Ritti am 21. in Spa sein wollte, müßte er gegen den 16. die Sitzungen der Kammer bereits wieder unterbrechen, was sich angesichts des über allzu häufige Unterbrechungen gereizten Parlaments nicht empfehlen könnte.

Die Steuererhebung durch Lohnabzug.

Berlin, 25. Mai. (Privattelegramm.) Die Durchführung der neuen Steuererhebung ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, jetzt soweit vorbereitet, daß der Lohnabzug beim Arbeitgeber vermutlich in nächster Zeit, wahrscheinlich schon im nächsten Monat zur Einführung kommen wird.

National-sozialistischer Kongreß in Norwegen.

Rom, 26. Mai. Der „Corriere d'Italia“ vernimmt aus Canossa, daß es zwischen Manifestanten und der Polizei zu Zusammenstößen kam, wobei es drei Tote und einige Verwundete gab. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Der national-sozialistische Kongreß in Norwegen.

Oslo, 26. Mai. Der national-sozialistische Kongreß stimmte mit 285 gegen 30 Stimmen einer Resolution zu, die besagt, daß die Organisation der Bewegung auf der Grundlage des Räte Systems sein soll und daß die revolutionäre Lage die Resolution verlangt gleichzeitig die Übertragung aller Macht an die Revolutionäre und die geistigen und körperlichen Arbeiter. Einmütig genehmigte der Kongreß einen Aufruf an die Arbeiter, unverzüglich die Herstellung von Salpetersäuremaniat einzustellen, da dieses zur Herstellung von Munition diene, die gegen die russischen Genossen verwendet werde.

Geständnisse eines unabhängigen Führers.

In den Wahlversammlungen fabeln die Unabhängigen, als könne rasch in vollem Umfange sozialisiert werden, als sei das heute bestehende, durch den Krieg bedingte Elend die Schuld der Sozialdemokratie. Doch die Unabhängigen wissen, daß ihre Schlagworte Lügen sind. Mögen die Arbeiter selbst entscheiden, wenn sie lesen, was Däumig, der zweite Vorsitzende der U. S. P., am 29. April auf dem Bezirkstag Wasserkrante ausgeführt hat. Er sagte:

„Wir haben auch als ehrliche Sozialisten der Arbeiterschaft zu sagen, keine Macht kann euch für die nächste Zeit das Schlaraffenland schaffen. Wir müssen uns davor hüten, den Arbeitern goldene Berge zu versprechen. Wir haben zu sagen, kommt der Sozialismus zum Siege, dann habt ihr mindestens fünf bis sechs Jahre noch ganz hart zu arbeiten, vielleicht über den Achtundzestag hinaus (1), um diese ganze Trümmervelt hinauszuschaffen.“

„Revolutionäre sein heißt nicht, sich auf die Barrikaden zu stellen, sondern sich mit der zähesten und geringsten Kleinarbeit durcharzukämpfen.“

Freigabe der Marmelade.

Berlin, 26. Mai. Nach Mitteilung der zuständigen Regierungstellen ist den bei der Reichsgesellschaft für Obstkonerven und Marmelade m. b. H. konzentrierten Fabriken vom 26. Mai ab die Herstellung und der Absatz von Marmelade der Erste 1918/19 unter bestimmten Voraussetzungen freigegeben worden, so daß weitere allgemeine Marmeladeverordnungen nicht mehr erfolgen. Die bestehenden Höchstpreise werden aufgehoben. Die Reichsgesellschaft für Obstkonerven und Marmelade m. b. H. wird für den laufenden Wirtschaftsjahr und noch länger als die Marmeladefabriken verstehen und die Kontrolle über Verwendung des Zuckers ausüben. Ueber die Zusammenfassung der Marmelade und den Zuckergehalt sind keine Vorschriften erlassen. Es ist anzunehmen, daß die Marmeladefabriken im freien Verkehr in nächster Zeit den Bedarf der Bevölkerung an Marmelade hinreichend decken können und daß durch die Einschränkung des erfahrenen Fachhandels auch die nötige Sicherheit gegeben ist, damit auch die Verbraucher nur einwandfreie wohlschmeckende Marmelade erhalten.

Kapitänleutnant Paasche erschossen.

Berlin, 26. Mai. Aus Schneidemühl wird berichtet, daß Kapitänleutnant a. D. Hans Paasche auf seinem Gute Waldrieden im Kreise Pöhlche bei einer Schießerei erschossen worden ist, als man bei ihm nach Waffen suchte. Die Hausdurchsuchung sei erfolglos gewesen, trotzdem habe man ihn festgenommen, und als er sich der Inhaftnahme durch Suizid habe entziehen wollen, sei er getötet worden.

Kapitänleutnant Franz Paasche, der Sohn des früheren nationalliberalen Abgeordneten und Vizepräsidenten des Reichstages Geheimrats Dr. Paasche, ist wiederholt Genesung und lebhafter Erörterungen gewesen. Während des Krieges wurde er wegen einer pazifistischen Broschüre in Schutzhaft genommen. Bei Ausbruch der Revolution spielte er im Berliner Soldatenrat eine Rolle. Ueber den Vorgang selbst wird einer Berliner Korrespondenz berichtet:

Seit einiger Zeit liefen bei dem Regierungskommissar in Schneidemühl Meldungen ein, daß Kapitänleutnant Paasche in kommunistische Umtriebe verwickelt sei. Obwohl nach Ansicht der militärischen Stellen sich noch keine genügenden Verdachtsmomente, die zu einer Festnahme des Kapitänleutnants hätten führen können, ergeben hatten, entschloß sich der Regierungskommissar in Schneidemühl, das Gut nach Waffen durchsuchen zu lassen. Der Kapitänleutnant verweigerte, als er beim Betreten des Gutshofs des Militärs anständig wurde, zu entfehlen. Auf mehrfachen Anruf blieb Paasche nicht stehen und als ein Soldat der Patrouille Feuer gab, wurde der Kapitänleutnant durchs Herz getroffen und war sofort tot.

Sythe und Spa.

Genf, 26. Mai./ Der französische Ministerpräsident Millerand hat eine Anzahl Deputierte empfangen, die im Auftrag der Finanzkommission der Kammer und der Kommission für auswärtige Angelegenheiten um Auskunft ersuchten über die Ergebnisse seiner Zusammenkunft mit Lloyd George in Sythe.

Der „Temps“ veröffentlicht eine Reihe von Einzelheiten, aus denen sich ergibt, daß die französische Regierung die Unmöglichkeit erkennt, die Berechnung der französischen Kriegsschäden bis zum 1. Mai 1921 abzuschließen, wie es der Friedensvertrag vorschreibt, und daß es ebenso unmöglich ist, bis dahin auf die Geldleistungen Deutschlands zu warten. Herr Millerand hat sich zur Festsetzung einer Pauschalsumme bereit erklärt, die jedoch nicht unter 120 Milliarden Goldmark herabgedrückt werden dürfe und bis zur Tilgung mit 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation zu belasten wäre. Außerdem soll Millerand die Forderung gestellt haben, daß die Unabhängigen, die Deutschland in Naturallieferungen bereits geliefert hat und noch liefert, besonders durch die Lieferung von Vieh und Kohlen, deren Wert bereits auf etwa 4 Milliarden befristet werde, als Restitution, nicht als Reparation anzusehen, das heißt nicht als Geldleistungen betrachtet werden, jedoch Frankreich von jeder Geldleistung Deutschlands 55 Prozent erhalten würde, ohne Rücksicht auf die bereits geleisteten Naturallieferungen.

Herr Millerand und die Franzosen werden noch sehr mit sich handeln lassen müssen.

Appell an die Ehre der Entente.

John de Kay, der bekannte amerikanische Großindustrielle und Schriftsteller, der während der ganzen Kriegsdauer in England, Frankreich und der Schweiz lebte, jetzt aber sich in Deutschland aufhält, um die Zustände aus eigener Beobachtung kennen zu lernen, hat durch die „Amerikanische Korrespondenz“ folgenden Aufruf nach Amerika übermitteln lassen.

Seit Oktober 1918 haben die Waffenfabrikanten und andere Autokraten die Frankreich, England und Amerika beherrschten, immer aufs neue ihre Mißachtung der öffentlichen Meinung bewiesen und schändlich die Gefühle für Gerechtigkeit und fair play verletzt, die immer noch unter dem Volke in allen Ländern lebendig sind.

Es war beschämend genug für die Alliierten Imperialisten, nachdem der Krieg als beendet galt, weiter Hunderttausende von Greisen, Frauen und Kindern in Mittel-Europa zu töten, sie ihrer Lebensmittel zu berauben, ihrer Schiffe, ihrer Maschinen, ihres Viehs, die Blockade aufrechtzuerhalten und den Krieg fortzusetzen unter dem Deckmantel eines schändlichen sogenannten Friedensvertrages, den zu entwerfen schon ein Verbrecher war, ein größeres in einem ohnmächtigen Volke aufzuzwingen, und der überdies nicht ausgeführt werden wird noch ausgeführt werden kann.

Durch schändlichere und unverschämtere Mittel als je preussische Militaristen angewandt, haben die alliierten Imperialisten das arbeitende Volk in allen Ländern mißachtet und Zwietracht in ihren Reihen gesät.

Entgegen den feierlichen Protesten der Arbeiter der Welt haben sie Milliarden ausgegeben für neue Kriege gegen das Volk in allen Teilen Europas und des Ostens, während sie nichts getan haben, um auch nur die wichtigsten Verbrechen einzulösen, die sie ihren irreführenden Arbeitern gemacht haben, welche jetzt als verkrüppelte und niedergebroschene Menschen wie Strohe Strohauflage an der Zahl durch die Straßen Englands und Frankreichs wandern, ohne Heim, ohne Arbeit, ohne Hoffnung.

All das ist schlimm genug, aber die Schmach, die die französischen Imperialisten zuletzt begangen, als sie ihre schwarzen Widlen ausbanden, um deutsche Frauen und Kinder zu vergewaltigen, zu töten und zu terrorisieren, ist ein Verbrechen, das die Frauen der Welt empören und jeden anständigen Mann in jedem Lande aufbringen muß. Heute werden diese schwarzen Teufel verwendet, um ein geduldetes und lebendes Volk ähnlich des Rheins einzuschüchtern und zu demoralisieren, aber mögen die Arbeiter Frankreichs auf der Hut und vor dem Tage gewarnt sein, wenn sie für denselben Zweck weithin des Rheins gebraucht werden! Wenn der Kampf zwischen den Arbeitern Frankreichs und ihrer Herren den immer näherkommenen Wendepunkt erreicht, dann werden dieselben schwarzen Widlen auf die wehrlosen Frauen und Kinder Frankreichs losgelassen werden. Es ist ein zweifelhafte Schwert, das ohne Scham und Gnade von den Wanditen geschwungen werden wird, die vorübergehend die Geschäfte des großen und ritterlichen französischen Volkes bestimmen.

Es ist heilige Pflicht der Arbeiter in England und Frankreich, dem größten aller Verbrechen in diesem verbrecherischen Kriege sofort ein Ende zu machen. Sie sollten schleunigst die wirksamsten Schritte tun, zu erreichen, daß die Widlen, die die französischen Militaristen aus den Dschungeln Afrikas herausgelockt und nach Europa gebracht haben, um Schrecken zu verbreiten, aus Deutschland zurückgezogen und entwaftet werden und daß dafür gesorgt wird, daß sie zurück in ihre Heimat gesandt werden. Während der letzten vier Monate bin ich im Auto Tausende von Meilen durch verschiedene Gegenden Deutschlands gefahren. Überall ist Not. In den Städten, Dörfern und auf den Feldern quälen sich die Millionen, Deutschland wieder auf die Beine zu bringen und den Militarismus in ihrem Lande beseitigt zu sehen. Die Geschicklichkeit, die Intelligenz und die schnelle Arbeit, die in Deutschland überall entfaltet und geleistet werden, sollten für die Völker Englands, Frankreichs und Amerikas Lehre und Beispiel von größter Bedeutung sein. Das deutsche Volk hat sich mit seinem unglücklichen Schicksal abgefunden. Es hat die ungeheuerlichen Lasten auf sich genommen und trägt sie in einem Geiste, der dieses Volk ehrt und nach Mitgefühl und Mithilfe aller ruft, die guten Willens für das Wohl ihrer Mitmenschen sind. Diese geduldeten und ruinierten Massen haben nichts getan, was sie das Anrecht verdienen ließe, daß die Politiker von Frankreich und England ihnen zufügen.

Es ist die heilige Pflicht aller Amerikaner und besonders der Millionen Deutscher in Amerika, einen nationalen Protest gegen die Schmach zu veranlassen, die gegen das deutsche Volk begangen wird, und diesem Protest in Washington Wirkung zu verschaffen. Nur eine Drohung vollständiger Isolierung Frankreichs wird genügen, den Briganten die Hände zu binden, die eine militärische Diktatur in Paris errichtet haben.

Die Männer und Frauen aller Länder sind es der Ehre der Weisheit und der Verteidigung der Kindheit schuldig, dafür zu sorgen, daß die Verbrechen, die jetzt in Deutschland unter den Befehlen der Karrier Militaristen begangen werden, sofort ihr Ende nehmen.

Es ist besonders eine Ehrenpflicht für die Massen in Frankreich, in deren Namen diese Schändlichkeiten begangen werden, das Geschehene von sich abzuweisen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, diese beschämende Beleidigung der Gefühle der alten Ritterlichkeit Frankreichs zu beseitigen.

...rer
...re?
...n,
...hre
...in
...n
...n
...al
...braun
...Mainz
...nsstitut
...e 23.
...er Zeitung,
...5 Uhr nachm.
...Kriegs-
...411
...Massage,
...Eduard.
...torium zur
...er Erntar-
...mstrahlen.
...4 Uhr.
...Pertz
...pädie.
...hen
...862
...tion.
...amt
...Gewerbe
...geschloß).
...ehen
...berst her
...durch Karl
...Karlsruhe,
...12. Tel. 3999.
...gl. nachmitt.
...sige, ehrlich
...sfrau
...l höchst
...ste gesucht.
...Kautenberg
...II. f. ins.
...Stahdr.
...Matragen
...Walter an
...Katalog frei.
...Suhl I. Th.
...sdi.
...dtbad.
...urbäder:
...tz-, Pass-
...selsbäder,
...n, Wickel-
...ngen) und
...n, Lampi-
...Heilslut-
...bäder etc.
...dezeit:
...und Mitt-
...mitt. von
...r u. Frei-
...mitt. von
...1/2 Uhr.
...dezeit:
...brige Zeit.
...u. Feier-
...schlossen.

Parteigenossen, Parteigenossinnen

Nüht die Zeit! Opfert eurem Ideal, der Verwirklichung des Sozialismus! Geht von Haus zu Haus, von Stube zu Stube; leistet Aufklärungsarbeit für die bevorstehenden Wahlen. Werbt Abonnenten für den „Volkshilfsfreund“, eurer Waffe, führt den Laufenden von neuen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei noch fortgesetzt weitere Tausende hinzu! Meldet euch deshalb sofort zur freiwilligen Mitarbeit bei euren Vorsitzenden, Raftenern, Bezirksführern und den Vertrauensleuten **Wir müssen kämpfen bis zur Erschöpfung!**

Drängt euch in Begeisterung zur Tat!

Politische Uebersicht.

Die Behandlung der Kappisten.

Berlin, 23. Mai. Vom Reichswehrministerium wird uns geschrieben: Der Untersuchungsausschuss im Wehrministerium hat weiter 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Auf Dienstenthebung und Ueberweisung der Äften an den Oberreichsanwalt ist erkannt in den Fällen: Oberst Gortris, Oberleutnant Rothnagel, Oberleutnant Guhr, Major Bommel, Hauptmann Gallmeister, Hauptmann Baas, Leutnant Schmidt, Leutnant Scheele, Leutnant Kethesheim, Vizeadmiral v. Trotha, Kapitän zur See Woffiblo, Kapitän zur See Fürtich, Kontradmiraal v. Leuekow, Oberleutnant zur See Paul. In weiteren 25 Fällen ist unter Ueberweisung der Äften an den Oberreichsanwalt die Beurteilung ausgesprochen. Verurteilt werden 6 Offiziere. In 18 Fällen ist das Verfahren eingestellt worden. Im ganzen sind 88 Fälle erledigt.

Bekennnis eines Deutschnationalen zu Kapp und Lüttwig.

In einer Versammlung der Deutschnationalen in Halle führte der Kandidat der Deutschnationalen Volkspartei Nikolaus Schäfer nach dem Bericht des „Berliner Tageblattes“ über den Kapp-Putsch unter lobhafter Zustimmung der Versammlung folgendes aus: „Kapp wollte das selbe, was wir wollen, nämlich eine unfähige Regierung fortjagen. Er war fleisch von unserm und ich bin ehrlieh genug, das zu bekennen. Vor aller Öffentlichkeit breche ich hier eine Lanze für ihn, meinen langjährigen Jugendfreund und Lehrer und werde stets für ihn eintreten. Das selbe gilt von unserem Kampfgenossen Traub, dem die Regierung jetzt das gesamte Vermögen beschlagnahmt hat.“

Dieses offene Bekennnis des Herrn Schäfer sticht wohlwollend ab von der Heuchelei der Deutschnationalen im allgemeinen, die zwar den Kappischen Unternehmern von ganzem Herzen vollen Erfolg wünschen, dann aber feige von ihrem Gesinnungsgenossen abdrücken, als der Staatsstreich mißlang.

Der Stall der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei gibt eine Flugdrift heraus, die den Wahlkampf einem Pferderennen gleichstellt und den Sieg der volksparteilichen Wähler in sichere Aussicht stellt. In dieser Flugdrift heißt es:

Nach den Ergebnissen früherer Rennen und nach den Beobachtungen unseres Geheimreporters in den Trainingszentralen zeigt sich, daß

Stall Strefemann

in besonders guter Form ist und alle Aussichten bietet, bei dem nächsten Rennen in Front zu sein.

Daher wähle am 6. Juni jeder Freund des Sportes

Stall Strefemann.

Die Ehre des zweiten Platzes wird dem Nachbarstall des deutschnationalen Herrn Dergt zuerkannt. Angesichts des vielen Mißes, den die deutschnationale und deutschvolksparteiliche Beschlagung schon produziert hat, und der Tatsache, daß das Halten von Rennställen eben ein Millionärspport ist, scheint uns diese volksparteiliche Selbstkennzeichnung nicht übel angebracht.

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjew.

17.
Wie man weiß, fliegt die Zeit bald wie ein Vogel, bald schleicht sie wie eine Schildkröte; aber am wohlsten ist dem Menschen dann, wenn er gar nicht merkt, ob sie langsam oder rasch verstreicht. Gerade in dieser Weise verbrachten Arkadi und Bazaroff etwa vierzehn Tage bei Frau Dinzoff. Die Ordnung, welche in ihrem Hause und in ihrer Lebensweise herrschte, trug freilich einen Teil dazu bei. Sie beobachtete dieselbe ihrerseits auf das strengste und zwang auch andere, sich nach ihr zu richten.

Alles im Hause geschah zur bestimmten Zeit. Morgens punkt 8 Uhr versammelte sich die ganze Gesellschaft zum Tee vom Tee bis zum Frühstück tat jeder, was ihm beliebte, und die Herrin selbst beschäftigte sich während dieser Zeit mit dem Verwalter, dem Haushofmeister und der ersten Haushälterin. Vor dem Essen kam die ganze Gesellschaft wieder zusammen, um sich zu unterhalten oder zu lesen; der Abend war dem Spaziergehen, dem Kartenspiel und der Musik gewidmet; halb Elf zog Anna Sergejewna sich in ihr Zimmer zurück, gab die Befehle für den nächsten Tag und legte sich schlafen.

Bazaroff gefiel diese sorgfältig abgeordnete, etwas feierliche Regelmäßigkeit nicht. „Man rollt ja wie auf Schienen dahin“, pflegte er zu sagen. Die Strohbedienten, die majestätischen Haushofmeister verletzten sein demokratisches Gefühl. Er fand, daß man, um konsequent zu sein, auch nach englischer Weise in Frack und weißer Halsbinde hätte speisen müssen. Er ließ sich einst gegen Anna Sergejewna über diesen Punkt aus. Sie gestattete, daß jeder offen vor ihr seine Meinung aussprach. Sie hörte ihn bis zu Ende an und sagte dann: „Von Ihrem Standpunkt aus haben Sie recht, vielleicht spiele ich in diesem Falle ein wenig die gnädige Frau aber auf dem Lande ist eine strenge Lebensordnung unerlässlich, man würde vor Langeweile vergehen.“

Und sie fuhr nach ihrer Weise zu leben fort. Bazaroff brummte; aber gerade weil in dem Hause der Frau Dinzoff

Deutschnationale für Unabhängige — Kommunisten für Deutschnationale.

Wie die Extreme einander nahekommen, zeigt ein kleiner Zwischenfall, der sich in einer demokratischen Wahlversammlung in Demmin abgespielt hat. Auf die Ausführungen des Abgeordneten Weinhausen erwiderte der deutschnationale Freiher v. Malsahn und forderte dabei die Wähler auf, den Mittelparteien keine Stimme zu geben. „Wer nicht deutschnational wählen will, wähle unabhängig!“ Herr Weinhausen bemerkte darauf, daß er vor zwei Stunden von einem kommunistischen Redner die genau entsprechende Aufforderung gehört habe, entweder kommunistisch oder deutschnational!

Wie die Unabhängigen in Sachsen Terror üben.

Dresden, 23. Mai. In der sächsischen Volkstammer kam es gelegentlich einer Interpellation der Unabhängigen über die Einleitung von Strafverfahren gegen revolutionäre Kämpfer zu heftigen Auseinandersetzungen. Sie gaben damit dem mehrheitslogischen Justizminister Gelegenheit, das ganze Sündenregister der Unabhängigen und Spartakisten bei den Unruhen in Leipzig und im Vogtlande aufzurollen. Er führte aus: Sie haben damals manche Justizbehörden geradezu überfallen, Berge von Äften haben sie verbrannt, andere haben sie verbrüht, Gefangene befreit. Noch heute arbeitet die sächsische Justiz nicht ohne Gefahr und manche Verhaftungen können nicht vorgenommen werden, weil die Polizei sich fürchtet, einzuschreiten. So sind allein 250 Straftaten sogenannter Aktionsausschüsse bei sächsischen Gerichten anhängig und weitere einige hundert Straftaten, die mit der Schlagsache zusammenhängen. Unglaubliches an Terror haben namentlich die Aktionsausschüsse geleistet, und heute ist in Leipzig die Spannung wieder sehr groß, da noch neuerdings in 17 Bezirken mit Gewehren ausgerückte rote Garde gegen das Bürgerturn gebildet seien. Diese rote Garde suche jetzt Waffen aus Gera heranzuziehen und nehme Schießübungen vor.

Die Unabhängigen als Mittäter der Baltikumer.

Die kommunistische „Rote Fahne“ hält den Unabhängigen vor, daß sie an der Gründung der Baltikumtruppen mitbeteiligt gewesen sind. Als im Dezember 1918 die „Eiserne Division“ zum Schutze der abziehenden Truppe geschaffen wurde, erklärte sich die „Freiheit“ grundsätzlich damit einverstanden und verlangte nur, daß der Abzug der Truppen ohne Heubereien und Kämpfe vor sich gehen sollte. Im Monat März 1919 erließen an den Anschlagstäben Königsbergs ein Aufruf zur Bildung eines Ostbundes. Er war unterzeichnet vom ostpreussischen Provinzialrat, dem Zentralrat der Ostfront und der Ostprovinzen, dem Volksgardebataillon des 1. 17. und 20. Armeekorps, dem Arbeiterrat Königsbergs und Ostpreußens, ferner vom dem Oberpräsidenten von Ostpreußen, dem Generalmajor Hoffmann, dem kommandierenden Generälen von Eben, von Below und von Eberhard. Die „Rote Fahne“ bemerkt dazu: „Neben diesen feudalen Namen figurieren die Namen von 16 Mitgliedern der U.S.P. aus den Arbeiter- und Soldatenräten. Es sind dies Aufsicht-Ritt, Sebestein-Erdtshagen, Mallon, Wsch, Kroll, Sauer, Neubemann, Sieg, Gottschalk, Rinde, Mertins, Bedt, Wetke, Hecht, Frensch und Jungbauer. Neubemann stand zur Nationalversammlungswahl an der Spitze der Soldatenliste der U.S.P. Gottschalk an der Spitze der U.S.P.-Liste der Gemeindevahlen in Königsberg i. Pr.“

Von Maßnahmen der Zentralkommission der U.S.P. gegen diese Parteigenossen ist bisher nichts bekannt geworden. Und die unabhängigen Volksbeauftragten haben nichts davon verhindert.“

Auch diese Darstellung bestätigt nur wieder, daß die Unabhängigen in ihrer Regierungsperiode und auch noch nachher alles das mitgemacht und mitverantwortet haben, worüber sie ein Paar Wochen später „Berat“ schrien.

Billige Reklame für uns!

Mit allen Mitteln suchen die Deutschnationalen gegen Demokratie und Republik zu behen. So fällt uns ein Flugblatt der deutschnationalen Schiffsvertriebsstelle in die Hände mit dem Titel „Wer uns heute regiert.“ Der Text ist ein langes Verzeichnis der aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen jetzigen Verwaltungsbeamten. Man ersieht daraus, daß ehemalige Eisenbahner, Buchdrucker, Zigarrenarbeiter, Maurer usw. Intelligenz und Laikaft genug besitzen haben, um auf Grund langjähriger Schulung als Funktionäre der Arbeiterbewegung sich die Befähigung für leitende Posten im Staate zu erwerben.

Es zeugt von dem ganzen bornierten Klaffen der U.S.P. der Deutschnationalen, wenn sie glauben, mit dieser Aufzählung Eindruck machen zu können. Außer ein paar im Hochmut verblödeten Adelsproben und stellenlos gewordenen Regierungsassessoren, wird sich nur Jedermann freuen, wenn er auf diese Weise erfährt, wie tüchtige Kräfte aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind.

Wir können den Deutschnationalen nur dankbar sein, daß sie mit diesem Flugblatt für die Republik Reklame machen. Mögen sie es nur in Millionenaufgabe betreiben, namentlich auch dort, wo Unabhängige wohnen, die stets behaupten, daß für die Demokratisierung der Verwaltung „nichts geschehen“ sei.

Französische Pläne im Saargebiet.

Von ganz zuverlässiger Seite gehen den „F. P. M.“ folgende Ausführungen über die französischen Absichten gegenüber dem Saargebiet zu: Zunächst möchte ich mitteilen, daß Herr Major Richard nominell die Stelle eines Verhauptmannes am Saarbrücker Bergamt erhalten hat, in Wirklichkeit aber von Frankreich für die politische Beeinflussung der Bevölkerung hierzulassen worden ist. (Richard ist der Mann, von dem das Wort stammt: Ich bin die Sonne, um mich dreht sich alles, Genetale kommen und gehen, ich aber bleibe!) Richard ist ein Neffe Clemenceaus, hat ausgezeichnete Verbindungen mit allen führenden Politikern Frankreichs und muß als Gelele der im Saargebiet betriebenen Französisierungspropaganda auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet angesehen werden. Als Aufseher gegen diese rückwärtsgekehrte Propaganda und nicht, wie von französischer Seite dauernd behauptet wird, als „alldeutsche Mache“ sind auch die dauernden Kundgebungen für das Deutschtum und gegen die Vermischung des Saargebietes aufzuführen. Wie ich durch einen Herrn, der der französischen Regierung sehr nahe steht, höre, beabsichtigt Frankreich, das Saargebiet in besetztes Gebiet umzuwandeln; der selbständige Saarstaat sei auf die Dauer unhaltbar, die Bevölkerung mache zuviel Schwierigkeiten, die Pressefreiheit könne nicht gebuldet werden, daher sei eine möglichst baldige Umgestaltung in besetztes Gebiet im Interesse der alliierten Armeen unbedingt notwendig. Von dieser Stelle aus wird auch mitgeteilt, daß Frankreich irgendein Recht in der Hand haben müsse, die ungewissen Leute nach dem rechten Rheinufer zu schicken. Eventuell mit dem Inkrafttreten der Rheinischen Republik soll die Umwandlung des Saargebietes vollzogen werden.

hoff alles „wie auf Schienen“ rollte, lebte es sich für ihn und Arkadi so angenehm bei dieser gnädigen Frau.

Bei alledem war mit den jungen Leuten gleich in den ersten Tagen ihrer Anwesenheit zu Nikolaioie eine Veränderung vorgegangen. In Bazaroff, den Anna Sergejewna offenbar bevorzugte, obgleich sie selten seiner Ansicht war, bemerkte man eine bis dahin an ihm ganz unbekannte Unruhe; er wurde leicht aufgeregter, redete ungerne, schaute mürrisch drein und konnte nicht lange auf derselben Stelle bleiben, als ob ihm beständig etwas hin und her treibe. Arkadi dagegen, der sofort mit sich darüber einig geworden, daß er in Frau Dinzoff verliebt sei, begann sich einer stillen, Schwermut hinzugeben. Uebrigens hinderte ihn diese Schwermut nicht, sich Katia zu nähern; sie ermöglichte es ihm sogar, freundliche, angenehme Beziehungen mit ihr anzuknüpfen. „Sie weiß mich nicht zu schätzen! Nun, sei es. Allein dieses gute Geschöpf stößt mich nicht zurück“, dachte er und sein Herz empfand von neuem die Süßigkeit hochherziger Gefühle.

Katia ahnte dunkel, daß er in ihrer Gesellschaft einen gewissen Trost suchte, und sie verlagte wieder ihm noch sich das unschuldige Vergnügen einer halb verhämmten, halb vertrauensvollen Freundschaft. In Gegenwart von Anna Sergejewna sprachen sie nicht miteinander: Katia fühlte sich stets etwas beklommen unter dem scharfen Wlde ihrer Schwester, und Arkadi vermochte, wie es sich für einen Verliebten ziemt, in Gegenwart des angebeteten Gegenstandes keinen anderen Wesen irgend welche Aufmerksamkeit zu schenken; aber wohl war ihm nur bei Katia. Er hatte die Bescheidenheit zu glauben, er sei nicht würdig, daß Frau Dinzoff sich für ihn interessiere; er wurde jedesmal zaghaft und kleinmütig, wenn er sich mit ihr allein befand; und sie wußte nicht, was sie mit ihm sprechen sollte: er war ihr zu jung. Dagegen fühlte Arkadi sich bei Katia vollständig in seinem Element; er behandelte sie mit Rücksicht, verwehrete ihr nicht, sich über die Eindrücke auszulassen, welche die Musik, das Lesen von Romanen, von Gedichten und andere „Alfanzereien“ auf sie machten, ohne zu bemerken oder sich scheuen zu wollen, daß diese „Alfanzereien“ auch ihn interessierten. Katia ihrerseits hinderte ihn nicht, den

Melancholiker zu spielen. Arkadi fühlte sich wohl bei Katia, Frau Dinzoff bei Bazaroff und so geschah es gewöhnlich, daß, wenn sie alle vier zusammen waren, die beiden Paare sich absonderten, besonders auf den Spaziergängen. Katia schwärmte für die Natur und Arkadi liebte sie, weingleich er es sich nicht zu geteiben wagte; Frau Dinzoff war ziemlich gleichgültig gegen sie, gerade wie Bazaroff. Da unsere Freunde fast immer voneinander getrennt waren, so trat notwendig in ihren gegenseitigen Beziehungen eine Veränderung ein. Bazaroff hörte auf, mit Arkadi von Frau Dinzoff zu reden, ja er kritisierte sogar ihre „aristokratischen Gewohnheiten“ nicht mehr; allerdings fuhr er fort Katia zu loben und riet ihm nur, ihre sentimentalischen Neigungen etwas zu kügeln; aber seine Lobreden waren kurz, seine Ratschläge trocken und er unterhielt sich mit Arkadi überhaupt weit seltener als früher. Es war als ginge er ihm aus dem Wege, als schämte er sich vor ihm. . . .

Arkadi bemerkte das alles sehr wohl, aber er behielt seine Beobachtungen für sich. Die wahre Ursache der ganzen Veränderung war das Gefühl, welches Frau Dinzoff in Bazaroff nachgerufen hatte, ein Gefühl, das ihn quälte und rasend machte und gegen das er sich mit verächtlichen Sachen und ännischen Scherzen verwehrte haben würde, wenn jemand auch nur von ferne auf die Möglichkeit dessen hingedeutet hätte, was in ihm vorging.

Bazaroff war ein großer Verehrer der Frauen und der weiblichen Schönheit, aber die Liebe im idealen, oder, wie er sich ausdrückte, romantischen Sinne erklärte er für ein Hirngespinnst, für eine unzerstörliche Narrheit, ritterliche Gefühle stellte er auf gleiche Stufe mit Mißgeburten und Krankheiten und mehr als einmal drückte er seine Verwunderung darüber aus, daß man den Ritter Loggenburg sowie sämtliche Minnefänger und Troubadours nicht ins Narrenhaus gesperrt habe.

„Gefällt dir eine Frau“, pflegte er zu sagen, „so suche ihr Zuneigung zu gewinnen. Seligst dir das nicht — nun, so gebe deiner Wege: die Erde hat Raum für alle.“

(Fortsetzung folgt.)

Badische Politik.

„Zahn“, eine gefährliche Rede gegen einen Unabhängigen.

Neber eine Rede, die der Unabhängige Dietrich in Rossbach gegen den Genossen Schöpflin gehalten hatte, berichteten wir wahrheitsgemäß, daß sie „sehr zahm“ gehalten gewesen sei. Diese Tatsache hatte Schöpflin schon in Rossbach in Gegenwart des Herrn Dietrich herborgehoben. Wir fügten hinzu: „Aber aus der Entfernung werden wir wieder andere Töne vernehmen.“ Und richtig: in der Rannheimer Tribüne“ lobt Herr Dietrich, nachdem er unsern Bericht gelesen hatte:

Schöpflin wird allgemach zum Schredenskind der Redierer. Nicht nur, daß es einer der leidlichsten, nur an der Oberfläche plätschernden Referenten ist, er kann auch nicht abwarten, bis er öffentlich gestraft wird. Oder glaubt er durch seine routinisierte Frechheit sich denjenigen einschleichen zu können, dem er außerordentlich glänzendes Material in die Hand gegeben hat? Soviel steht doch fest: Herr Schöpflin hat in Rossbach ein Meisterstück gehalten über die Bedeutung des 6. Juni, das nur so von Gemeinplätzen klinge und auf dem Niveau niedriger Verbunkelung steht.

Warum hat nun Herr Dietrich in Rossbach, als Schöpflin und die Jünger dabei waren, auch nicht einmal mit einer Andeutung es gewagt, so über die Rede Schöpflins zu urteilen, wie aus der Entfernung? Muß soll ja auch ein Wammler haben, es gibt aber auch Rammeluden, die eben keinen Mut haben, außer in ungefährlicher Entfernung.

Aber wir wissen, wo Herr Dietrich der Schuh in diesem Falle drückt. Er war gegen einen Sozialdemokraten — und was den Fall erschwert — gegen den gebahnten Schöpflin gehandelt, so geht, daß Herr Dietrich nur die seiner Rossbacher Parteifreunde Beifall spendeten. Das ist für einen Unabhängigen eine Lobhude gegen die unabhängigen „revolutionären“ Grundkräfte, die den wilden Kraken gegen Sozialdemokraten forschten. Da muß sich Herr Dietrich vor seinen Parteifreunden rechtfertigen, was, wie oben zitiert, nun geschieht ist. Nun wird hoffentlich alles wieder in Ordnung sein und Herr Dietrich nicht mehr scheel angesehen werden. Daß Herr Dietrich dann noch einige Sätze Schöpflins in n fällsch, ist selbstverständlich. Darauf eingehen lohnt sich nicht.

Eine bemerkenswerte deutschnationale Feststellung.

Während des Krieges bildete ein bekanntes Mittel zur Aufpeitschung unserer öffentlichen Meinung der Hinweis, daß Deutschland im Falle einer Niederlage in ein Duzend Teile zerprengt werde. Die Annahme der Wilsonforderungen und die Aufrichtung der Republik hat glücklicherweise dieses nationale Unheil gerade noch verhindert. Bei all seinen Härten und Ungeheuerlichkeiten hat der Friede von Versailles uns wenigstens 13 auf die bitteren Abplitterungen die nationale Einheit gelassen, die dann von der republikanischen Regierung Deutschlands noch tiefer verankert wurde als es die dynastischen Obrigkeitsregierungen vermochten. Statt diese nationale Leistung auch nur im geringsten anzuerkennen, wußte die deutschnationale Presse und ihre Agitatoren nichts anderes zu tun, als die Arbeit der Träger der Republik herabzusetzen und zu verächtlichen. Nachdem ihnen dies bei ihrem Anfang aus politisch geistig Minderwertigen teilweise gelungen und der Rapp-Bußch und seine Folgen die nationale Leistung der deutschen Regierungen fast in Stücke zu reißen droht, schlägt allmählich den Deutschnationalen doch etwas das Gewissen und sie beginnen einzusehen, daß der Frieden von Versailles doch auch positive Ergebnisse für Deutschland brachte, mit dessen Annahme für Deutschland noch Schlimmeres abgemindert wurde. Die „Süddeutsche Zeitung“, die im Jännerinteresse täglich Ströme Druderschwärze verzieht, kann nämlich nicht umhin, kürzlich angesichts der Rheinbundgefahren folgende Feststellung zu machen:

„Hat Frankreich mit dem Frieden von Versailles seine Ziele erreicht? Wir Deutschen glauben immer, daß dieser Frieden das Furchtbarste ist, was die von Gah, Reich und Welt erregte Wanktafel erlitten konnte. Allein bei den Verhandlungen des Friedensvertrages im französischen Parlament wurde der Frieden als unzulänglich bezeichnet. Es wurde lebhaftste Klage darüber geführt, daß die Zerreißung der deutschen Einheit nicht gelungen sei und die Kriegsliteratur der Franzosen steht mit diesen Klagen in vollem Einklang. Auf dieselbe Forderung des Zerlegens Deutschlands in eine erbärmliche Kleinstaaterei lauten die Forderungen fast aller übrigen politischen Schriftsteller Frankreichs hinaus. Wir sind über den Gang der deutschen Friedensverhandlungen in Paris nicht unterrichtet, dürfen aber annehmen, daß Clemenceau versucht haben wird, die nationale Zerreißung Deutschlands zu erreichen, daß dieses heiße Begehren aber am Widerspruch der anderen Mächte gescheitert ist.“

Was hier das deutschnationale Blatt seinen Lesern mitteilt, ist keineswegs neu, der die deutsche Auslandspolitik an Hand der objektiv berichtenden sozialdemokratischen Presse verfolgt hat, die stets darauf aufmerksam machte, daß Deutschland eine Politik machen muß, die uns die Sympathien derjenigen gewinnt, die Deutschlands Gesamtexistenz aufrecht zu erhalten wünschen. Die Deutschnationalen haben eine solche Politik nicht gemacht, sondern im Gegenteil alles getan, um diejenigen Kreise zu fördern, die Deutschlands Zerstückelung wollten. Nun scheint es fast, als ob einsichtigen Elementen doch eine gewisse Einsicht über dieses nationale Verbrechen der Deutschnationalen kommt. Ob sie jedoch hand hält? Wir bezweifeln es, da wir auf Grund unserer Kenntnisse der deutschnationalen Verhältnisse nur zu sehr wissen, daß diesen eine wilde parteipolitische Hysterie mehr wert ist als das Nationalwohl des deutschen Volkes, da die deutschnationale Volkspartei, um mit Adam Räder zu sprechen, geliebt wird vom agitatorischen Bedürfnis und Kopfe zweiter Ordnung ihre Haltung bestimmen.

Siebtens der Reich!

Unsere Beamtenversammlung vom letzten Samstag ist berichteten Karlsruher liberalen Blättern sehr auf die Nerven gegangen. Selbst der etwas geringe Besuch der Versammlung, der aber für uns in anbetrach der so ungünstig wie möglich gelegenen Tages und Zeitpunktes der Veranstaltung immer noch bedauerlich ist, macht die liberalen Herrschaften nervös. In allerhand dummen und einseitigen Redensarten nörgelein die „Badische Landeszeitung“ und das „Karlsruher Tageblatt“ an der Versammlung herum, die „Badische Landeszeitung“ leitet sich sogar eine kleine Denunziation, sie schlägt Alarm, weil die Beamtenorganisation das für uns getan haben soll, was sie vor wenigen Tagen in Bruchsal für die Herren Demokraten getan hat, nämlich Propaganda für eine politische Versammlung getrieben. Das ist natürlich etwas anderes; für die gute demokratische Sache ist alles erlaubt. Dafür verpflichtet ja auch der billige demokratische Jakob allen etwas den Unternehmern wie den Arbeitern, den Beamten wie den Bauern, sie alle bekommen die Selbstheit in der demokratischen Partei verprochen. Es scheinen aber nicht mehr viele zu sein, die die schönen Worte glauben; und daher dann die Verosität, wenn 5-600 Beamte eine sozialdemokratische Versammlung besuchen.

Zur Beachtung für die Frauen als Wählerinnen!

Voor die Frauen als Wählerinnen ihr höchstes Staatsbürgerliches Recht ausüben, sollten sie gewissenhaft an das denken, was im alten kaiserlichen Deutschland war — und was heute in der demokratischen Republik ist.

Historischer Rückblick.

Bis zum Ausbruch der Revolution im November 1918 waren Deutschlands Frauen rechtlos. Sie besaßen weder das Wahlrecht im Reich, Staat und in der Gemeinde, noch ein Wahlrecht zu den Gerichten und Kaufmannsgerichten. Doch forderte man von ihnen volle Pflichterfüllung als Arbeiterin, Steuerzahlerin, als Mutter und Hausfrau.

Der Krieg bewies die Bedeutung der Frauen für die Volkswirtschaft. Um des Volksganzen willen verlangte der Staat von den Frauen Arbeit, Sparsamkeit, Hunger und Entbehrung, als weitere Pflichterfüllung: Verständnis und Aufopferung für die sozialen Bedürfnisse der Gesamtheit des Volkes.

Trotzdem erkannte doch die Sozialdemokratische Partei das Recht auf Gleichberechtigung an und kämpfte jahrzehntlang für diese. Alle bürgerlichen Parteien bekämpften diese Forderung der Frauen.

Was nun?

Die Entscheidung der Frauen am 6. Juni kann den Ausschlag für Deutschlands Zukunft geben. Sie sind zahlenmäßig die Mehrheit der Wählerinnen.

Der gewaltiger wurde die unachtsame Verantwortung die am Wahltage in die Hand der Frauen gelegt wurde.

Was ist für die Frauen seit der Revolution und durch die Nationalversammlung geschehen?

Unsere Gegner von rechts und links sagen: Nichts! Wir antworten: Alles, was für das gesamte Volk erreicht wurde, außerdem aber vieles, was den besonderen Interessen der Frauen dient.

Die Revolution beendete den Krieg. Die Blütpflanze, die täglich von Tausenden Familien geerntet wurden, hörten auf. Das war Erleichterung und furchtbarer Qual, dagegen erscheint uns jede Last klein.

Die politische Freiheit

Wir Frauen haben nun die Möglichkeit, unser Schicksal mitzugestalten. Die Revolution beendete den Krieg. Jahrszehntlang haben die besten Frauen unseres Volkes dafür gekämpft und gelitten. Wir Frauen haben nun die Möglichkeit, unser Schicksal mitzugestalten.

Der Abstimmendtag

ist ebenfalls eine Errungenschaft der Revolution. Als Arbeiterinnen sind wir nunmehr in der Lage, unsere Interessen für uns als Lebensgemeinschaft des Mannes, für uns als Mutter bedeutet der Abstimmendtag Vertiefung der Lebensgemeinschaft, die Erhebung des Familienbilds.

Die Gewerbeordnung

wurde durch die Revolution aufgehoben. Zehntausende von Arbeiterinnen wurden zu Freien gemacht.

Die Koalitionsfreiheit

ist ebenfalls ein Kind der Revolution. Sie bedeutet das Recht des Zusammenstehens in Berufsorganisationen mit dem Zweck, bessere Lebensbedingungen zu erringen. Dieses Recht wurde allen, auch den Beamten und Landarbeitern, die dieses Recht im Reich nicht hatten, gegeben. Es konnten Tarif- und Kollektivverträge abgeschlossen werden, die für alle erwerbsfähigen Frauen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit brachten.

Die Verfassung

der Deutschen Republik weist uns Frauen den Weg zu freiem vollem Menschentum. Unser Staatsbürgerrecht ist in der Verfassung festgelegt.

Die wirtschaftliche Gleichberechtigung.

Auch hierzu schiedet uns die Verfassung und die Gesetzgebung der Nationalversammlung wertvolle Waffen.

Das Sozialversicherungsgesetz

enthält neben dem Recht des Staates auf Enteignung von Bodenbesitzern und Betriebsunternehmungen das Recht auf Arbeit und die geistliche Beteiligung der Arbeitslosenunterstützung.

Das Betriebsrätegesetz

Die besten Gesetze nützen aber nichts, wenn sie durch Unwissenheit und die Minderheit der Frauen nicht durchgesetzt werden können. Die Verhältnisse von Unfällen durch Schutzverletzungen und Einführung geeigneter Frauenleistungen, Erhaltung der Gesundheit und Hygiene der Einrichtungen, Ausbau der Fabrikpflege, Errichtung von Betriebskindergärten, Arbeitszeit und Art der Entlohnung, Einstellung und Entlassung können die Frauen beeinflussen. Wichtig ist es, daß sie sich genau um den Betrieb und um die Betriebsratsangelegenheiten kümmern. Auch der Schutz der Frauen aus der wirtschaftlich Schwächeren, ist bei Einstellung und Entlassung durch das Gesetz gesichert.

Die besten Gesetze nützen also nichts, wenn sie durch Interessenlosigkeit der wertvollen Rechte nicht Ausübenden nicht zur Anwendung kommen.

Frauen: Wählt am 6. Juni sozialdemokratisch!

Das „Karlsruher Tageblatt“ behauptet frech und fälschlich, es sei schon manchen Tagen vorher bekannt gewesen, daß Herr Steinlopp nicht erscheinen würde, es unterteilt also unserer Partei, sie hätte die Versammlungsbekanntmachung gefälscht, indem sie sie in dem Glauben ließ, der Redner werde erscheinen, obgleich sie genau wußte, daß er nicht kommen würde. Wir stellen demgegenüber fest, daß wie erst am Samstag früh 11 Uhr die Nachricht erhielten, daß Gen. Steinlopp verhindert sei. Im übrigen macht das „Tageblatt“ ebenfalls zu den Ausführungen der Redner eine Anzahl hässliche Wölfen und dumme Bemerkungen, die uns nur zeigen, wie unangenehm den Demokraten die Tatsache ist, daß in der Beamtenschaft sich immer mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß nur im Sozialismus ihre Rettung aus ihrem wirtschaftlichen Niedergang zu erwarten ist und daß die Zahl der Beamten, die sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, ständig zunimmt. Die demokratische Partei hätte allerdings in Karlsruhe schon Gelegenheit, für eines ihrer Mitglieder einzutreten zu müssen; aber daraus nun den Schluss zu ziehen, sie sei die Partei, die überhaupt für die Beamteninteressen eintritt, scheint uns doch zuviel gesagt zu sein. Aber es ist halt dies die Billige-Jakob-Methode! Man merkt die Absicht und wird nicht mehr verstimmt!

Aus dem badischen Schulwesen. Zur Förderung der Ausbildung tüchtiger und bedürftiger Schüler, die ihre höhere Ausbildung nicht ohne fremde Unterstützung erreichen können, ist die Möglichkeit zur Erlangung von Stipendien gegeben. Solche Stipendiaten sind von den Eltern oder Fürsorgern durch Vermittlung des Vorstandes der zuletzt besuchten Schule an das

Die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen gesichert. Alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt. Das bedeutet die Aufhebung des Eheverbots für Beamtinnen, die gleichen Prüfungs- und Aufnahmestimmungen und die gleiche Entlohnung mit den Männern.

Die Besoldungsreform

wurde zum Gesetz erhoben. Auch sie schafft den Anfang der wirtschaftlichen Gleichberechtigung beider Geschlechter.

Zur Wohnungsfrage.

Das Reichswohnungsengesetz vom 11. August 1919 kann für die gesamte Volkswirtschaft von großer Bedeutung werden, weil es bei der Aufteilung von Domänen nach Ablauf der Pachttverträge den Genossenschaften den Vorrang sichert, und weil es die Verwertung von Grund und Boden zu Bausweden auf eine gemeinnützige Grundlage stellt. Für die Gesamtheit wird das Beispiel künftighin wirken.

Die Kleingarten- und Kleinpachtordnung

vom 31. Juli 1919, die die Verpachtung von Land den Genossenschaften bezug. den Gemeinde zu einem Preise überträgt, den die untere Verwaltungsbehörde festzusetzen hat, ging diesen beiden Gesetzen voraus. Damit wurden die für die Wohlhabenden so lebenswichtigen „Schrebergärten“ der Privatpekulation entzogen.

Gegen den Wucher in Wohnungen und gegen die Wohnungsmangel.

wurden die Verordnungen erlassen, die die Gemeinden verpflichten, die Vermittlung von Wohnungen in die Hand zu nehmen, so daß das Ausmieten durch höhere Mietzahlung nicht mehr möglich war. Mietsteigerungen, Differenzen wegen der Warmwassererwärmung usw. sind durch die Mietämter zu regeln.

Die Sozialpolitik.

Das Gesetz über die Wochenhilfe füllt die Lücke, die nach Aufheben der Kriegswochenhilfe bei Beendigung des Krieges eingetreten war. Es bedeutet durch Erhöhung der Höhe sowohl wie durch Erweiterung des Kreises der Bezugberechtigten einen bedeutenden Fortschritt. Die Unterstützung ist 10 Wochen in der Höhe des Kronengeldes, mindestens aber 1.50 M pro Tag zu zahlen.

Das Militärverletzen- und Hinterbliebenengesetz

bringt eine Regelung der Renten, die den Bedürfnissen der Empfänger entsprechen. Die unendlich hinterbliebenen Hinterbliebenen sind den Verletzen gleichgestellt. Wir sind uns vollkommen bewußt, daß nicht alles gelingen konnte, was auf dem Gebiet der Sozialpolitik notwendig gewesen ist. Gehindert wurden wir in der Erfüllung des Willens, was wir guten Willens noch gerne geleistet hätten, durch unsere aus Krieg und Friedensvertrag erwachsende Armut und durch den sozialpolitischen Unbestand unserer Gegner.

Bevölkerungspolitik und Jugendschutz.

Keine Fragen sind für die Frauen und Mütter brennender als die der Bevölkerungspolitik und des Jugendschutzes. Ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist fertiggestellt; es konnte leider nicht mehr erliegen werden. Dringend notwendig ist, daß der am 6. Juni zu wählende Reichstag Forderungen stellt, daß alle geschlechtskranken Männer und Frauen der ärztlichen Behandlung zugeführt und die Volksgesundheit durch gewissenlose Weitertragung dieser Erkrankungen nicht noch mehr vergiftet werde. Jede Ausnahmestimmung für die Frauen wird auch später von uns abgelehnt werden. Auch das Jugendschutzgesetz, das in der Vorlage fertiggestellt ist, wird bei dem Mangel an Zeit nicht mehr verabschiedet werden, dagegen ist das Elternschutzgesetz und ein Gesetz über weibliche Angehörige in Werk- und Schantwirtschaften in Kraft getreten. Obwohl wir grundsätzlich gegen jede Zensur sind, konnten wir uns doch der Notwendigkeit der Elternzensur nicht verweigern, weil das Schundkino mit seinen schmutzigen und verwirrenden Darstellungen einen Herd der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten, also des geistigen Niederganges unseres Volkes, bildet. Das gleiche gilt für die sogenannten Amierketten. Bei diesem Gesetz kam es noch darauf an, die anständigen Frauen, welche im Gewerbebetriebe verständig sind, vor moralischer Verunreinigung zu schützen.

Die Wirtschaftspolitik

wird die Führung im Leben aller Völker übernehmen. Darum müssen wir Frauen uns im Wirtschaftsleben zur Geltung bringen und die Gesetzgebung darauf einzustellen versuchen. Deshalb ist die aktive Mitarbeit der Frauen an der Gesetzgebung in Zukunft noch notwendiger als in diesem ersten Jahr.

Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hat denn heute fast jede junge Arbeiterin begriffen, dagegen sehen die meisten Frauen die politische Interessenvertretung leider als minder wichtig an. Doch ist nur durch Ergänzung von Politik und Wirtschaft eine entsprechende Entwicklung möglich.

Gesst alle mit, daß mehr und Vollkommeneres geschaffen werden kann. Gesst mit, daß endlich Frieden werde im Lande und in der Welt. Gesst mit, daß die Hungernden wieder satt werden. Gesst schaffen, daß die Zukunft unserer Kinder glücklicher wird als unsere Gegenwart.

Unterrichtsdienstministerium zu richten. — Das Unterrichtsministerium hat an die Leiter sämtlicher Schulen einen Erlass gerichtet, die Förderung des Jugendwanderns durch lebhafte Unterstützung des vor einigen Wochen gegründeten Zweigvereins des Badischen Jugendherbergs zu unterstützen.

5. Vom Volkskirchenbund. Man schreibt uns aus Bielefeld: Den Wandel der Zeiten bezeugt die Tatsache, daß die kirchlich-positive Vereinigung der hiesigen Gemeinde an den „Volkskirchenbund“ mit der Aufforderung herangetreten ist, für die Kirchenwahlen der Gemeinde gemeinsam vorzugehen. Nach einigen Verhandlungen kam eine Einheitsliste zustande, auf welcher sieben Vertreter des V.M.B. (sämtlich Parteigenossen) vertreten sind. Damit sind nun auch Vertreter des Sozialismus in das hiesige Kirchenparlament eingezogen. Es darf anerkennend bemerkt werden, daß der Ortsgeistliche, Herr Reichert, sich für diese Regelung in seinen Kreisen eingesetzt hat; wer die Verhältnisse auf dem Lande kennt, weiß, daß hier bei reaktionären Kirchenpolitikern große Widerstände zu überwinden sind. Damit ist der Weg zur Volkskirche befreit. Für diejenigen ev. Parteigenossen, welche der Kirche angehören, möge dies eine Aufforderung sein, sich auch kirchenpolitisch zu organisieren; ihr Platz ist im Volkskirchenbund. Es ist ein Lobding, auf der einen Seite Kirchensteuer zu bezahlen, aber auf der anderen Seite von den Mechten, die die neue Kirchenfassung dem Kirchenvolk gegeben hat, keinen Gebrauch zu machen. Wer nicht mitarbeitet, hat dann auch kein Recht zur Kritik.

Spa und die Reichstagswahlen.

Ein ernstes Mahnwort an die Wähler.

Es steht noch nicht in allen Einzelheiten fest, welche Rolle Deutschland auf der Konferenz in Spa spielen wird. Sicher ist aber, daß diese Zusammenkunft der Staatsmänner von größter Bedeutung für unser Schicksal werden wird. Die deutschen Vertreter werden, wie auf allen Zusammenkünften mit den Feinden von gestern, auch in Spa einen außerordentlich schwierigen Stand haben. Das ganze Volk hat das allergrößte Interesse daran, daß das Resultat von Spa zu seinen Gunsten ausfällt. Daraus entspringt aber auch für uns alle die Pflicht, alles zu tun, um die Stellung der deutschen Vertreter gegenüber den Staatsmännern der Entente zu festigen und zu erleichtern.

Dazu bietet der 6. Juni die allerbeste Gelegenheit.

Der Ausfall der Wahlen wird entscheidenden Einfluß auf die Haltung der Entente ausüben. Je nachdem ob das deutsche Volk seine Stimmzettel für die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei oder für die Parteien des Wiederaufbaues abgibt, werden die Forderungen schärfer oder milder sein.

Die Reichsparteiler kennen nur das eine Ziel, die Wiederherstellung der alten Zeit, die Wiederaufrichtung des Militarismus und des Monarchismus. Nur ein Gedanke befeuert sie, die Nebeneinanderführung des verlorenen Krieges zu fordern. Ihre ganze Politik des letzten Jahres zeigt deutlich den Weg, den sie gehen wollen. Wenn sich in den ersten Tagen des Kapp-Zugzuges ein namhafter Führer der Reichsparteien geäußert hat, daß die Entente mit einer Lenkung der Regierung durch die Junker und die Militärschicht einverstanden sei, so glauben wir das sehr gern. Diese Parteien würden dann eine Politik betreiben, die den Chauvinisten jenseits des Rheins willkommenen Gelegenheit gäbe, ohne jede Einschränkung ihren Militarismus walten zu lassen und ihren Traum, das linke Rheinufer zu Frankreich zu schlagen, verwirklichen zu können.

Eine reaktive Regierung, die die Todfeindin der Republik und der Demokratie ist, würde in Deutschland den Bürgerkrieg aufs neue entfesseln, würde das eben wieder erwachte Vertrauen des Volkes in seine eigene Kraft und das des Auslandes zu uns erschüttern und eine ruhige Entwicklung unmöglich machen. Sie würde auf den Friedensvertrag pfeifen und wie schon erwähnt, alle Vorbereitungen zum Revanchekrieg treffen. Das wäre gleichbedeutend mit einem unendlichen Elend für unser Volk, das wiederum riesige Opfer an Gut und Blut bringen müßte und dann zweifellos ein Raub der Gegeuer werden dürfte.

Es ist klar, daß ein Wahlsieg der Reaktion die Mehrheit gäbe, von den ungünstigsten Folgen für die Beratungen in Spa wäre. Die Millerand, Lloyd Georges würden mit berechtigtem Mißtrauen die Reise antreten und sie würden dem Deutschland, das sich von der Demokratie ab- und der Reaktion zugewendet hat, die schwersten Bedingungen auferlegen, würden von ihm bedingungslos die Erfüllung der Bedingungen von Versailles verlangen. Wenn Deutschland aber existieren soll, wenn der sich jetzt überall bemerkbar machende Aufstieg seinen Fortgang nehmen soll, wenn Europa wieder gesund werden soll, dann ist eine Revision des Friedensvertrages die erste Vorbedingung.

In Spa hoffen wir einen Schritt auf diesem Wege tun zu können, der zugleich der erste Schritt zur Befreiung des deutschen Volkes aus den Ketten sein soll, in die es seine Feinde geschlagen haben. Dieser erste Schritt zur besten Zukunft kann aber nur dann getan werden, wenn das deutsche Volk am 6. Juni ein überwältigendes Bekenntnis zur Demokratie und zur neuen Zeit ablegt, wenn es zeigt, daß es sich endlich abgewandt hat von den Gewaltmitteln, daß es in friedlichen Wettbewerb mit den anderen Völkern Kulturwerte schaffen will. Jede Stimme, die am 6. Juni den Parteien des Militarismus und des Absolutismus gegeben wird, schwächt die Stellung Deutschlands auf der Konferenz in Spa und stärkt den Vernichtungswillen Frankreichs in demselben Maße.

Aus dem Schuldbuch der deutsch-nationalen Volksverderber.

Unter dem Titel „Das deutsch-nationale Gewissen“, hat der frühere Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Kroschel, seinen im Verlag „Deutsche Aufklärung“ Berlin W. 15 eine Schrift veröffentlicht, die einen tiefen Einblick in die Eingeweide dieser Partei tun läßt. Die Arbeit erscheint gerade noch zur rechten Zeit, um der Wählerschaft, soweit sie zu dieser Partei neigen sollte, die Augen zu öffnen. Kroschel sah als Geschäftsführer im Mittelpunkt dieser Partei; was er zu erzählen weiß, beruht auf lange Erfahrung und genauem Einblick und wird vollumfänglich durch die gleichzeitigen Enthüllungen des Geschäftsführers der Deutschnationalen Volkspartei, Kroschel, der bisherige Deutsch-nationale, ist zur Ueberzeugung gekommen, daß die „Anruhen im Lande durch die chauvinistische, nationalistische Parteipropaganda der Deutschnationalen Volkspartei“ gefördert wurden, daß im Innern der Partei „eine standalöse Mißwirtschaft“ herrscht, namentlich eine „finanzielle Mißwirtschaft“. Er weist im einzelnen nach, daß das schon bei der Gründung der „Vaterlandspartei“, der entschuldeten Schwester der Deutschnationalen Volkspartei, in deren Verwaltung das Geld in Millionen „verpulvert“ wurde. Während die unteren Angestellten mit Löhnen abgeholt wurden, wurde gleichzeitig versucht, die Freundschaften führender Männer im Parteibetriebe unterzubringen. Ueber den deutschnationalen Abgeordneten Grafen urteilen die Abteilungsleiter, daß „er sich selber schon so mit Dreck beworfen hat, daß ihm ein freies Handeln genommen sei“. Offen wird hier zugegeben, was allerdings alle Welt schon längst wußte, daß Knüppel-Krause mit seiner Helfershelfer aus Parteigeltern unterhalten wurde. Auch sonst sinkt es bezeichnend in der Finanzwirtschaft der Partei: „Die Linke nimmt Geld von den Juden und die Rechte bezahlt damit die Subskription gegen die Juden“. „Sont fliehen die Parteigelber, was allerdings auch kein Geheimnis für niemanden mehr war, teils vom Grundbesitz, teils von der Schwerindustrie und werden dazu benutzt, Beamte zum Diebstahl zu verführen wie im Falle der Diebstähle der Aktien zum Graberger-Prozess.“

Alles in allem betrachtet wird durch diese Schrift eines Eingemeintens zur guten Zeit und recht deutlich der Sumpf aufgedeckt, den die Deutschnationalen Volkspartei, die sich stets als einsigwähre Staatsretterin aufzuspielen liebt, darstellt.

Soziale Rundschau.

Geldentwertung in Russland.

Während die Kaufkraft der deutschen Mark gegenüber 1914 im Inland durchschnittlich auf den zehnten Teil, bei vielen Artikeln jedoch auf ein Zwanzigstel, ja selbst auf ein Fünftel gesunken ist, ist es interessant zu erfahren, daß in Russland allein im Verlauf des verfloffenen Jahres die Preise um das Sechsfache bis Zwanzigfache gestiegen, das heißt die Kaufkraft des Rubels gesunken ist.

Die Daten für Februar 1920 stammen aus dem Bericht eines Heimkehrers. Die Daten für den März 1919 sind dem offiziellen Organ des Obersten Rats für Volkswirtschaft, der „Ekonomschessaja Sijn“ (Das Wirtschaftsleben) entnommen. Die Märzpreise wurden am 15. März 1919 auf den Moskauer Märkten Sucharewka, Schotchnj Riad und Smolensk gezahlt.

	Februar 1920:	März 1919:
1 Rfd. Brot	240-280	20-30
1 Rfd. Butter	2400	100-120
1 Ei	140	7
1 Rfd. Kartoffeln	70	7-8
1 Hering	600-800	20-40
1 Rfd. Rindfleisch	650	25-35
1 Gans (das Rfd.)	7000	45-60
1 Rfd. Schweinefleisch	1000-1400	70-80
Vorbereitungsmittel.		
1 Paar Stiefel	15000	600-1000
1 Rolle Garn	150	20
1 Zigarette	8	1,5
1 Schachtel Streichhölzer	80	3
1 Licht	300	12
1 Rfd. Seife	400	25

Die Preise beziehen sich stets für das russische Pfund (400 Gramm). 1 Rubel = 2,16 M. Friedenssturs.

Die sozialdemokratischen Kandidaten auf der Reichswahlliste.

Mit der Veröffentlichung der sozialdemokratischen Reichswahlliste, ist der Aufmarsch der Partei zu den Reichstagswahlen beendet. Die Reichswahlliste hat an ihrer Spitze den Parteivorstehenden Otto Wels und die Führerin der sozialdemokratischen Frauen Marie Juchacz. Selbstverständlich werden diese Genossen, wie andere auch, die auf der Reichswahl stehen und außerdem an sicherer Stelle in ihren alten Wahlkreisen kandidieren, dort annehmen und dadurch die später genannten Kandidaten auf der Reichswahl nachrüden lassen.

Die Reichswahl enthält fobann eine Anzahl führender Regierungsmänner der Partei, deren Wiederwahl unbedingt gesichert und den Zufälligkeiten des Wahlausgangs im einzelnen Wahlkreis entzogen werden sollte. So den Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, den Reichsarbeitsminister Alexander Schliche und den Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Heinrich Schulz.

Dann folgen die Vertreter der Berufs, die bei der Kandidatenaufstellung in den einzelnen Wahlkreisen nicht oder nicht genügend zur Geltung gekommen sind. Ein merkwürdiger Zufall hatte es gefügt, daß an den aussichtsreichen Stellen kein einziger sozialdemokratischer Jurist vorgeschlagen worden war. Wolfgang Heine war in Dessau nicht wieder aufgestellt worden, Otto Landberg hatte, wegen des Brüsseler Gesandtenpostens abgelehnt, desgleichen Dr. Singheim wegen seiner Professur an der Frankfurter Universität, und Dr. Quark und Rakenstein, zwei weitere hervorragende Mitglieder des Verfassungsausschusses, stehen an gefährdeter Stelle. Da eine so große Fraktion unbedingt einige Juristen braucht, haben auf der Reichswahl der Kieler Univeritätsprofessor Dr. G. L. Radbruch, der bekannte Volkswirtschaftler der Todesstraße, und der Dortmunder Rechtsanwalt Max Frankl sichere Plätze erhalten. In der gleichen Weise wird die bisher in der Fraktion nicht vertretene medizinische Wissenschaft durch den Professor Grotzahn, dem bekannten Hygieniker, einen Repräsentanten finden.

Die Eisenbahnen sind bekanntlich auf das Reich übergegangen; deshalb stehen die führenden Beamten des Eisenbahnerverbandes Brunner und Theodor Kohler auf der Reichswahl. Ebenso für die 700 000 Mitglieder des Reichsbundes der Kriegsteilnehmer, Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen sein Vorsitzender Regierungsrat Erich Rohmann, für die Landarbeiter außer dem Verbandsvorsitzenden Georg Schmidt, der in Pommern einen sicheren Platz hat, der Redakteur des Verbandsorgans Fritz Jaach, für die Bergarbeiter die alten Verbandsvorsitzenden Hermann Sachse, Sue, Oesterreich u. a. kandidieren in ihren Kreisen; für die Rajshinisten u. Heizer der Verbandsvorsitzende Hermann Mebo. Endlich stehen auf dem sicher angesehnen Plätzen der Reichswahl noch zwei Vertreter der sozialdemokratischen Presse, der bisherige sächsische Ministerpräsident Dr. Grabauer und der Chefredakteur des „Vorwärts“ Friedrich Stampfer.

Weiterhin haben auf der Reichswahl, die insgesamt 85 Namen umfaßt, Vertreter der bestellten Gebiete, der Binnenschiffer, der Architekten, der Pädagogen, der Frauen und Sachverständigen der staatlichen und städt. Verwaltung Platz gefunden.

Ueberrascht man die gesamten Kandidatenlisten der Partei in den Kreisen und im Reich so sind sämtliche hervorragende Mitglieder der Fraktion in der Nationalversammlung wieder aufgestellt worden. Eine Ausnahme machen nur, abgesehen von einigen Genossen, die wegen hohen Alters oder wegen ihres neuen Berufes nicht wieder kandidieren wollten, die Genossen Koste und Heine. Die Ueberzeugung, die sie beide heftig, daß sie das Richtige getroffen und in ihrem Amte nichts Wesentliches vermissen hätten, steht in schroffem Widerspruch zur Anschauung der großen Mehrheit der Partei und ist der Grund des Konflikts. Persönlich hoffen wir, sie später im Parlament wiederzusehen. Im übrigen darf die Kandidatenliste der sozialdemokratischen Partei den Anspruch erheben, daß sie der Wählerschaft im allgemeinen die tüchtigsten Führer der Arbeiterklasse zur Wahl vorschlägt. Möge diese fünf Millionen und aber Millionen Stimmen auf sich vereinigen.

Aus der Partei.

Rückkehr von den Unabhangigen.

Dr. Neukirch, früher „Vorwärts“-Redakteur, ging mit Strobel, Kautz und anderen feinerzig zu den Unabhangigen über. Er redigierte zuerst das Berliner Blatt der Unabhangigen, dann das Hamburger. Jetzt ist er zur Sozialdemokratie zurückgekehrt und begründet seine Rückkehr im „Vorwärts“ u. a. wie folgt:

Es darf keinen Wettkampf im Radikalismus mit den weiter links stehenden Parteien geben. Ich habe den denkbar schärfsten Strich gegen links gezogen. Ich bin auf die Seite derer getreten, die — leider — von meinen ehemaligen Parteifreunden meist viel schroffer bekämpft werden als irgendeine bürgerliche Partei. Ich bin ganz durchdrungen von der Gefahr für die zukünftige Entwicklung, für die wirftliche Erlämpfung einer sozialistischen Umgestaltung, die von den auf der äußersten Linken propagierten Methoden drohen muß

Die U.S.P. bildet nichts Einheitsliches. Es mag annehmend klingen und enthält vielleicht doch die Wahrheit, wenn ich sage: Die U.S.P. ist überhaupt nur eine Uebergangsbildung; ein Teil ihrer Anhänger gehört zurück zur „alten“ Sozialdemokratie (horausgesetzt nur, daß sie entschlossen die Bahnen der „alten“, d. h. der noch einigen Partei der Vorkriegszeit innehält), der andere zum Kommunismus; natürlich bedeutet das nicht, daß ein einfache Auflösung der U.S.P. zu erwarten ist; denkbar wäre u. a. auch, daß die Partei die kommunistischen Gruppen aufsaugt und nur ihren — übrigens beträchtlich schwächeren — rechten Flügel abstößt. Dann würde schätzbare die U.S.P. bleiben, die besondere Organisation der Kommunisten verschwinden, — aber es käme auf dasselbe hinaus. Nebenfalls befehen heute zwischen dem linken Flügel der U.S.P. und den Kommunisten um Weli und Maria Petlin einerseits, und wenigstens einem Teil ihres rechten Flügels und unserer Partei andererseits geringere Meinungsverschiedenheiten als zwischen rechter und linkem Flügel der Partei selbst. Das dürfte auf die Dauer nicht zu halten sein.

f. Weingarten, 26. Mai. Morgen Donnerstag, 27. Mai, abends 9 Uhr, findet in der Reichshalle eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Gen. Schöpflin über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird. Es ist Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, sich mit ihren Frauen und ihren wahlberechtigten Söhnen und Töchtern einzufinden. Die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung Weingartens ist eingeladen. Männer und Frauen des werktätigen Volkes, erscheint vollzählig!

s. Gröningen, 24. Mai. Gestern, 23. Mai, fand eine öffentliche Versammlung im „Lohen“ statt. Genosse Graf-Forsheim hatte das Referat übernommen; er verstand es, seine Zuhörer zu fesseln und reichem Beifall wurde ihm zuteil. Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Segen.

„Können Sie mir an 'Jeh'n' wechseln?“

Der Mann, der diese Frage an den Kellner richtete, sah nicht besonders elegant aus. Sogar ein wenig schmierig. Aber er hatte doch etwas an sich, voraus zu erkennen war, daß er sich mit den Kümmernissen des Daseins nicht allzu heftig herumtreibt. Er bewies es auch, indem er eine fettleibige Driestafel auf den Tisch legte. Er bewies es noch deutlicher, als er inoffiziell. Denn da ja, man, daß ihre Mundstücke kein aus Vitrinfaktoren, Nehrungen und Uebesbrienen besterender Schwindel war. Ihre auffallende äußere Staltlichkeit kam von der Fülle von Pennoten her, mit denen die einzelnen Fächer zollgeproft waren. Es befanden sich unter ihnen auch etliche die hinter einem Einier drei Nullen aufgedrückt hatten. Eine solche Note zog der Mann aus der engen Gemeinschaft ihrer Geschwister, der Kellner wechselte, faltete den „Jeh'n“ sauberlich zusammen und steckte ihn zu sich.

Der Tausender war also der „Jeh'n“. Das ist jetzt nämlich die liebliche Bezeichnung für eine Banknote, die früher einmal hauptsächlich deshalb so viel Aufsehen genok, weil es so viele Sterbliche gab, die nicht wußten, wie sie ausseht.

Ein Tausender! Man kam zur Welt, man wurde Schuljunge, Bräutigam, Ehemann, Geschäftler, man legte sich zum Sterben hin, man wurde begraben, man lag zwischen den berühmten sechs langen Brettern, aber man hatte nicht die geringste Erinnerung daran, wie ein Tausender aussieht, weil sich ein solches Ding den Augen niemals gezeigt hatte. Ein Tausender! War er grün, blau, rot? War er rund, eiförmig, vieredig, achteedig, gezaht? Man konnte sterben, ohne es zu wissen. Schon die Zahl Tausend war etwas unerhört Neues, Fernes, Hohes, Tausend! Wenn man das Wort aussprach, langsam, anbdchtig, mit einem gewissen Keinen Schauer, dann war es, als wälzte man die Nullen einzeln über die Zunge. Man sprach das Wort gern mit einem Augenaufschlag der Verachtung, um seiner Bedeutung nur ja gerecht zu werden, man sprach es breit, als ließe sich damit ein vierstüdiges Haus zudecken. Alles das verstärkte sich, wenn man von dem bedruckten Stück Papier sprach, auf dem sich der spießige Einier mit dem Trio von hochigen Nullen vereinigt. Warum auch nicht? Wenn man um zwanzig Heller eine Knackwurst zu kaufen kriegte, war es dann verwunderlich, wenn ein Tausender so viel Ehren einheimste? Zum Ausdruck! War es damals nicht so, als könnte man mit einem Tausender alle Knackwürste der Welt erwerben?

Genie aber hört der Tausender auf den Namen „Jeh'n“. Aber nicht diejenigen haben diesen Namen erfunden, denen die Geringfügigkeit ihrer Einnahmen täglich und schließlich an der Wertlosigkeit der Papierzettel, mit denen sie nicht einmal über die Preise der rationierten Lebensmittel obliegen können, offenbar wird.

Der Name „Jeh'n“ — dieser Name äußerster Geringfügigkeit — hat seinen Ursprung im dem schäblichen Einier vor den prächtigen drei Nullen — stammt von den modernen Gläubigern, den Schiebern.

„Können Sie mir an 'Jeh'n' wechseln?“ Man spürt das ganze übermäßige Verdienertum aus der Frage. Man fühlt's, wie leicht die Tausender an diesen Schieberhänden fliehen gelassen sind. Die Schieber, großen und kleinen Formats mit unermüdetem Eifer, aber ohne einen Tropfen Arbeitsbeweis, schütteln sich ohne Ende aus dem großen Sargentuch der Massen neue Gewinne zu. Das flattert herab wie Plodentanz. Ein Plodentanz der Tausender! Der Verdienertanz macht ihre Fülle zu „Jeh'n“, zu einem Segengewinn.

Der „Jeh'n“! Man hört's von dem jugendlichen Schieber ebenso verächtlich wie von dem gereiften. In den Schieberklassen, in denen sich so vergnüglich leben läßt, wo eine Schieberhand die andere immer schmeißiger wächt.

„Was haben Sie an dem Eiergeßel verdient?“ „Anappe sieben Jeh'n!“ In den heimlichen Lokalen, wo verschwiegene Verhältnisse wullen, wo man unter strahlendem Nisterglanz schlemmt und prast.

„Was hast du für a Jeh' g'macht?“ „Hier Jeh' an draufgegangen!“ In den verstaubten Spielzimmern, wo der wirbelnde Fehenschlag die Schiebernerven so angenehm fächelt, wo der Crowdier, wenn ihn die Polzei nicht fñrt, manch angenehmes Geschäft zu Ende bringt.

„Was sehen Sie?“ „Das Jeh'n Jeh'n!“ Der ebenfalls so verstaubte, unbekante, läden berechte Tausender! Der höhere Einier mit seinen drei Schwertfedern, den ähpligen Nullen! Die heikeren Schieber, die Schlemmerbänden, die Spielergilden, sie haben ihn, der so unmaßbar thronie, um alle Reputation der Seltenheit gebracht. Ihr Uebermut jubelt es durch die hungernde Stadt.

„Können Sie mir an 'Jeh'n' wechseln?“ G. B. in der „Wiener Arb.-Zeitung“.

An die Arbeiterportier und Die Arbeiterjäger!

Am 6. Juni finden die Reichstagswahlen statt; in 10 Tagen! Große Arbeit ist noch zu leisten, am nächsten Sonntag und dann am Wahltag selbst. Die Partei benötigt alle Genossen, alle Genossinnen zur Arbeit, zur Wahlhilfe. Wir richten deshalb die dringende wie herliche Bitte an die Genossen in den Arbeiterportier und den Arbeiterjägervereinen, in diesen Tagen von allen Vereinsveranstaltungen abzusehen, vor allem für nächsten Sonntag und am Wahltag keine Ausflüge anzusetzen. Vieles steht bei dieser Wahl auf dem Spiel, der Wahlkampf nimmt von Tag zu Tag an Festigkeit zu; jeder Genosse, jede Genossin muß von jetzt an ihre ganze Kraft restlos nur noch in den Dienst der Partei stellen. Es verbleiben noch viele Sonntage nach der Wahl zu Ausflügen, zu Vereinsfestlichkeiten; es ist gewiß kein Opfer, das wir von unseren Genossen in den Vereinen verlangen. Von heute ab darf es für jeden Genossen und jede Genossin nur noch heißen:

Meine freie Zeit gehört der Partei!

Gemeindepolitik.

Mannheim, 24. Mai. Der Stadtrat hatte Kenntnis davon verlangt, daß nach Anordnung der badischen Regierung weitere wertvolle Möbel aus dem Mannheimer Schloß nach Karlsruhe verbracht werden sollen. Er hat deshalb beantragt, eine Sachverständigenkommission zu bilden, die den früheren Bestand, die jetzige Verwendung und die spätere Bestimmung der künstlerisch wertvollen Einrichtungsgenstände des Schloßes festzustellen hätte. Bis zu der Entscheidung durch diese Kommission sollen keine weiteren Einrichtungsgenstände aus dem Schloß entfernt werden. — Durch die vom Bürgerausschuß beschlossenen Lohn- und Gehaltserhöhungen wird die Straßenbahn neuerdings um 3 Millionen Mark belastet, so daß wiederum eine Erhöhung des Straßenbahnzinses vorgenommen werden muß.

Aus dem Lande.

Nothaus bei Heidelberg, 24. Mai. Ein 17jähriger Tagelöhner wird hier vermißt. Man vermutet, daß er den Werbem der Fremdenlegion in die Hände gefallen ist.

Alpenheim bei Laß, 24. Mai. Unter dem tiefsten Nidstiebsstande hat ein großes Sterben eingekehrt. Die Krankheit, die zuerst wie die Maul- und Klauenseuche auftritt, verläuft aber viel bösartiger; die Tiere brechen nach den ersten Anzeichen zusammen und können vielfach nicht mehr nachgeschaltet werden. Auch aus anderen Orten wird in Laßer Zeitung ähnliches berichtet. In einzelnen Orten Württembergs tritt die fürchterliche Krankheit ebenfalls auf.

Freiburg, 24. Mai. Die Bevölkerung Freiburgs war über die Pfingstfeiertage ohne jegliche Fleischverteilung. Es gab weder frisches noch Wurstfleisch. Die Fleischversorgung und der Kommunalverband erklären öffentlich, hieran schuldlos zu sein, da die Stadt rechtzeitig einige Waggon hochwertiges gefoltes Auslandfleisch, das in der Nähe der Stadt lagert, erworben hat. Die Reichsfleischstelle weigerte sich aber entgegen, aus bisher unbekanntem Gründen das Fleisch für Freiburg freizugeben. Diese bürokratische Rücksichtslosigkeit hat natürlich eine tiefgehende Verbitterung bei der Bevölkerung ausgelöst.

Freiburg, 25. Mai. In der Nacht vom ersten zum zweiten Pfingstfeiertag wurde hier der 45jährige Gasarbeiter Peter Albieg von einem Essäfer namens Bahl nach kurzem Wortwechsel erschossen. Der Getötete war ein ruhiger und geachteter Mann. Vorübergehende hielten den Mörder fest und übergaben ihn der Polizei.

Konstanz, 24. Mai. Die Kriminalpolizei hat eine Gesellschaft von Rattenschändlern, insgesamt 7 Personen, verhaftet. Unter den Festgenommenen befinden sich ein Steinbauer, ein Schlosser, ein Segelmacher, ein früherer Schuhmann, eine Putzfrau, ein Eisenbahnarbeiter und ein Kaufmann. Einer der Gesellschaftler, ein Schweizer, ist entlassen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 26. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.
Heute Mittwoch abend 8 Uhr in der „Gambrius-halle“, Erbprinzenstraße 20, Sitzung des Vorstandes und der Straßensleute. Es darf in dieser Sitzung niemand fehlen, denn die Arbeiten für den Wahltag müssen geregelt werden. Diejenigen Genossen, die noch im Besitz folgender Wählerlisten von den vorjährigen Wahlen sind, haben dieselben sofort an den Unterzeichneten abzugeben: Bezirk 1—7 Mühlburg, 11 und 12 Lessingschule, 52, 57, 59, 60 Karl Wilhelmsschule, 88, 89, 90 Weierheim, 96 Müppurr, 97, 98 Grünwintel, 99—102 Daglanden.
G. Schwerdt, Wilhelmstraße 76.

Öffentliche Frauenversammlung.
Die sozialdemokratische Partei hält am Freitag, 28. Mai, abends 1/8 Uhr, im kleinen Festhallsaal eine öffentliche Frauenversammlung ab. Als Rednerin wurde Frau Anna Bloß-Stuttgart gewonnen, die über „Die Reichstagswahlen und die Frauen“ sprechen wird. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, für einen zahlreichen Besuch der Versammlung zu agieren.

Aus der Stadtratsitzung vom 21. Mai 1920
Erzählung des Bürgerausschusses. An die Stelle des zum Stadtrat gewählten Stadtverordneten Adolf Kühn (Jr.) tritt Frau Caroline Frey (Jr.), Vorarbeiterin-Ehefrau.
Neue Linienführung der Straßenbahn. Infolge der demnächst geplanten Eröffnung der Straßenbahnlinie durch die Müppurrer Straße und die bisher brach gelegenen Strecken in der Garten- und Kathy-Straße haben sich Änderungen in den bestehenden Linienführungen und in der Betriebsweise als notwendig und vorteilhaft erwiesen. Grundbedingung ist, daß jeder Stadtteil möglichst eine unmittelbare Verbindung zum Hauptbahnhof und zum Mittelpunkt der Stadt — dem Marktplatz — haben soll. Künftig soll ein 8 Minuten-Betrieb auf allen Linien durchgeführt werden, der sich naturgemäß in den Hauptstrecken durch das Hin- und Herfahren mehrer Linien bedingt. Besondere Verkehrsbedürfnisse zu gewissen Tageszeiten wird, wie bisher, durch Einschleppen von Wagen getragen. Die Neueinteilung ist jedoch so, daß derartige besondere Maßnahmen in Zukunft weniger notwendig sein werden. Die endgültige Entscheidung über diese neue Linienführungen behält sich der Stadtrat für die nächste Stadtratsitzung (am Donnerstag, den 27. Mai) vor. Die Durchführung des neuen Betriebes wird voraussichtlich Mitte Juni ds. J. erfolgen.
Bau von neuen Straßenbahnlinien. Es liegen Mitteilungen seitens der Reichswirtschaftsstellen vor, in denen darauf gewarnt wird, augenblicklich an den Bau neuer Straßenbahn-

linien heranzutreten. Die Herstellung von Straßenbahnlinien, wie auch von gewöhnlichen Eisenbahnlinien, geschieht derzeit in so geringem Umfange, daß es kaum möglich ist, die bestehenden Linien zu unterhalten. Von Neubauten muß vorerst völlig abgesehen werden.

Zu den neuen Bierpreisen

schreibt uns ein Genossenschaftsführer:
Durch die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 30. April 1920 wurde bei der Umgruppierung der Bierpreise dieses Mal wohl der Erzeugerhöchstpreis bestmöglich festgesetzt, dagegen von der Festsetzung eines Höchstpreises beim Ausschank abgesehen und dies den Organisationen überlassen. Die Arbeitnehmervertreter hat man diesmal nicht zugezogen zur Besprechung und der parlamentarische Ernährungsbeirat hat ebenfalls zugestimmt. Die Vereinbarung zwischen den Brauereien und Wirten geht nun dahin, daß das Glas (Inhalt wie viel) für 70 Pfg. ausgedient werden soll. Das Verhältnis zwischen den alten und neuen Preisen ist nun folgendes:
Alte Preise 61 3 100 3 80 3 —
Neue Preise 180 3 233 3 103 3 —
Man sollte nun meinen, daß mit einem 100prozentigen Aufschlag für die Wirte diese auch endlich einmal zufrieden sein könnten. Es gibt aber mehrere Lokale, wo man für das Glas gar 80 Pfg. verlangt und schließlich auch noch bei Versammlungen einen Saalzuschlag von 30 Pfg. fordert. Dieses geht schon über die Gutschnur. Wird dann nichts konsumiert, so verlangt man, damit man auf seine Kosten kommt, noch eine besondere Saalbeste. Früher haben sich die Wirte um Veranstaltungen in ihren Lokalen geiffen. Heute fragt man gleich nach dem Geldbeutel und ein erheblicher Teil der Genossenschaftsbeiträge muß dafür verwendet werden trotz Getränkeauskauf.
Die Wirtevereine haben sich verpflichtet für die Einhaltung der beschlossenen Bierpreise einzutreten. Wenn sie es nicht fertig bringen, ihre Mitglieder von unberechtigten Preisforderungen zurückzuhalten, so können sie auch niemand einen Vorwurf machen, wenn gegen den einen oder anderen Standesgenossen der Wucherparagraß in Anwendung gebracht wird. Aber auch die Konsumenten haben es selbst in der Hand, diejenigen Lokale zu meiden, wo die Beutelschneiderei ihre üppigen Blüten treibt. ☐

Ohne Sozialdemokratie

- Keine Republik
- Kein gleiches Männer- und Frauenwahlrecht
- Keinen Achtstundentag
- Keine Koalitionsfreiheit für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten
- Keine sozial gerechte Steuererhebung

Darum: Wählt am 6. Juni nur die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei!

Das Ziel des Kampfes:

Sicherung der Republik gegen die Reaktionen von rechts und links, für Demokratie, gegen Diktatur, für den Sozialismus, gegen Kapitalismus, für Völkervereinigung, gegen neuen Krieg.

Das ist das Ziel des Kampfes!

Kann es erreicht werden?
Jawohl! Wenn der 6. Juni 1920 der sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Sieg bringt.

Darum arbeite für diesen Sieg!

Müppurr. Heute abend 8 Uhr im „Lamm“ öffentliche Wählerversammlung. Genosse Redakteur Schöpfelin spricht. Wählerinnen und Wähler, erscheint alle!

Mühlburg. Die Wählerversammlung, die gestern abend im „Hirsch“ tagte, war gut besucht, Ertreulicherweise beteiligten sich die Frauen stärker als man es „mit gewohnt ist. Die Darlegungen des Genossen Schöpfelin fanden große Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall. Nach einer kurzen Diskussion konnte der Vorsitzende, Genosse Hertel, die anregend verlaufene Versammlung schließen.

Gaydn-Abend der Arbeiter-Jugend. Eine größere Veranstaltung bietet als Beschluß ihrer Mai-Beranstaltungen die Arbeiter-Jugend ihren Mitgliedern und deren Angehörigen. Im Saale des Lokals des Arbeiterbildungsvereins, Wilhelmstr. 14, veranstalten Donnerstag abend 8 Uhr Mitglieder des Musikvereins Harmonie für die Arbeiter-Jugend einen Gaydn-Abend. Unser Genosse Stabio, Böhringer wird einen kurzen einleitenden Vortrag über den Komponisten Gaydn halten, worauf Musiker der „Harmonie“ eine Anzahl Werke Haydns, Mozarts, Beethovens, Chopins, Liszts usw. zum Vortrag bringen werden. Die bekannten guten Leistungen des Harmonie-Orchesters verbürgen auch für diesen Abend einen hohen künstlerischen Genuß. Die Mitglieder der Arbeiter-Jugend sowie deren Angehörige und auch junge Arbeiter und Arbeiterinnen, die der Arbeiter-Jugend noch nicht angehören, sind zu dieser Veranstaltung freundlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise. Der Stadtrat hat beschlossen, die Gaspreise von 96 3 auf 1,35 3 und für elektrischen Lichtstrom auf 3 3, für Kraftstrom auf 1,30 3 die Kilowattstunde heraufzusetzen. Auch die Kaufpreise für elektrisches Licht und die Wasserpreise wurden erhöht. Die Erhöhung für Gas und Strom gilt für die Monate April und Mai.

Erhöhung der Albtalbahn-Fahrpreise. Die Albtalbahn beabsichtigt ihre Fahrpreise wiederum zu erhöhen. Dabei ist auch eine Erhöhung des Preises für die Gemeinschaftsfahrten der Albtalbahn mit der Karlsruher Stadt. Straßenbahn in Aussicht genommen. Von dieser Erhöhung sollen die Fahrkarten für den Verkehr zwischen Karlsruhe und Müppurr ausgenommen bleiben.

Wir müssen schon fragen, wo denn die Preispolitik der Albtalbahn noch hinzuführen soll? Stundenlang fährt Werktag kein Zug, dazu noch in der Mittagszeit und gegen Abend, aber die Preise hinaufzuführen, sogar noch über die Straßenbahnpreise, da ist man gleich dabei. Die Fahrpreise der Albtalbahn, die jeden Tag in ihr Geschäft fahren, müssen bald mehr für Fahrgeld hinlegen als für Hausmiete. Die Staatsbahn verfährt mit diesen regelmäßigen Fahrplänen viel loyaler. Es

wäre doch nötig, daß man in maßgebenden Kreisen endlich einmal zu denken anfängt und nicht immer sämtliche Fahrpreise erhöht in dem holden Wahne, damit dem Zusammenbruch zu entgegen. Diese Erhöhungen sind nämlich für den Arbeiter und Beamten an dem Punkte angelangt, wo er einfach nicht mehr mitmachen kann.

Edele Menschenfreundlichkeit. Wie in andern Städten, will auch hier die Kinderhilfsmission der religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) in America zur Speisung unterernährter Kinder die erforderlichen Lebensmittel kostenfrei zur Verfügung stellen. Vorläufig sollen 2000 Kinder gespeist werden. Die Speisung, für welche Schmalz, Kofas, Zucker, kondensierte Milch, Reis, Mehl usw. zur Verfügung stehen, sollen in der Form einer Zwischenmahlzeit in den Schulen ausgeübt werden.

Fälligkeit der Militärrenten usw. am 29. Mai. Die Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren werden daran erinnert, daß die Auszahlung ihrer Gebühnisse bei den Postanstalten am 29. Mai stattfindet. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist es nötig, daß die Bezüge pünktlich am Fälligkeitstage abgehoben werden. Empfänger, die am Fälligkeitstage verhindert sind, werden ersucht, die Bezüge noch im Fälligkeitstage monat abzuheben. Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren, die deren Zustellung in die Wohnung wünschen, haben einen entsprechenden Antrag an die zuständige Postanstalt, bei der die Bezüge bisher abgeholt wurden, zu richten. Vorbrude zum Antrag gibt die Postanstalt ab, die auch das Nähere über das Verfahren und die Zeit der Bestellung mitteilt.

Gründung einer Großeinkaufsgenossenschaft der Lederhändler Badens. In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung der Bad. Lederhändler wurde nach Erläuterung des Geschäfts- und Kassenberichts und Entlastung des Vorstandes insbesondere die Frage der Gründung einer Großeinkaufsgenossenschaft der Lederhändler Badens oder weiterer Teile Deutschlands zur Erspargung von vielen Unkosten und zum Nutzen der Kundschaft besprochen. Weiter wurde scharfe Stellung genommen gegen Schiebertum und gegen Stellen, die unsachmännlich den legitimen Lederhandel schädigen und dadurch zu übermäßigen Preissteigerungen beigetragen haben. Bei der Neuwahl wurde statt des von Arbeit überlasteten Herrn Ludwig Götz zum ersten Vorstand Herr Georg Doll, zum zweiten Vorstand Herr Max Weil, zum Schriftführer Herr Ed. Frisch, zum Kassier Herr Pauser gewählt. Weiter sind die Herren Götz, Paag, Jünger und Schweiger.

Die „Fürstliche Bezahlung“ der Dienstboten. Uns geht folgende Zuschrift zu: In der kürzlich stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Hausangestellten wurden u. a. ein Brief bekannt gegeben, der bei Beginn der Versammlung dem Vorsitzenden übergeben wurde. Der Inhalt ist sehr interessant und er sei deshalb in gekürzter Form hier veröffentlicht. „Ein armes Mädchenkind, nicht ganz 20 Jahre alt, ist bei den Privatiers-Geleuten J. B. in Stellung und muß dort den Rubel machen für sage und schreibe — fünfzig Pfennig — pro Tag. Wir werden aufgefordert, hier Abhilfe zu schaffen.“ Wir fragen zunächst den Hausfrauenbund, ob ihm dieser Fall nicht bekannt ist. In zweiter Linie müssen wir den Vormund dieser Emma auf seine Pflichten erinnern, daß er für das geistige und leibliche Wohl seiner Mündel besorgt sein muß. — Ein Fall der sozialen Notwendigkeit wurde ebenfalls besprochen. Eine Privatiersin in der Dorfstraße ist unentgeltlich in einem Kindergarten beschäftigt, weil angeblich die Kindergärtnerinnen zu hohen Löhnen fordern und die Besitzherinnen ihn nicht bezahlen kann. Deshalb Kindergärtnerinnen, organisiert Euch, damit die Lohnrüder befreit werden.

Überfahrun an Pferden bei der Reichswehr. Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Reichswehr in Karlsruhe (Grenadier-Regiment) hat überzählige Pferde, die gegen Entgelt an Leute zum Holzholen, Feldarbeiten usw. ausgeliehen werden. Das ist sehr zu begrüßen und von Nutzen für die Allgemeinheit. Daß aber Pferde von der Reichswehr zu Luxusfahrten besserer Kreise benützt werden, ist doch nicht angänglich. Es liegt dies nicht im Interesse der Allgemeinheit. Schon längere Zeit werden zwei der schönsten Pferde, die hier laufen, von einem Droßkutschfahrer zu allerhand Luxusfahrten benützt, z. B. nach Herrenath, sogar bei Nacht nach Heidelberg usw. Der Fahrer bekommt einen Pfad an und einen Zylinder auf, dann ist das Zivildroßkutschertier, die Droßkutsche gehört dem Unternehmer. Ob die Behörde davon Kenntnis hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn dann die Pferde abgeschunden sind, was schon der Fall ist, muß die Allgemeinheit dafür aufkommen und einer oder zwei heden den Gewinn ein. Wenn die Reichswehr zu viel Pferde hat (in letzter Zeit werden noch zwei andere Pferde — Fische — zu Luxusfahrten benützt), dann soll sie sie verkaufen, aber nicht durch Luxusfahrten kaputt schinden lassen.

Die Enthüllungsfest der Gedentafel für die Gefallenen des Gesangsvereins „Badenia“ am 16. Mai gestaltete sich zu einem tief eindrucksvollen Gedächtnisakt. Gegen 1/2 Uhr fanden sich die Mitglieder der „Badenia“ in städtischer Zahl im Vereinslokal der „Alten Brauerei Kammerer“ zusammen, woselbst sie der Vorsitzende, Herr Nieple, begrüßte und allen denen, die zur Veranstaltung dieses Festaktes beigetragen haben, dankte. Es folgte das Largo von Schubert, in ausgezeichnetem Vortrag von zwei Schülern des Herrn Chormeisters Baumann dargeboten, ferner ein von Fräulein Egg vortrefflich gefungenes, der Feier angepachtes Lied, sowie ein hervorragendes Violinsolo des Herrn Kaman. Der Chor der „Badenia“ bewies alsdann seine bekannte Leistungsfähigkeit in dem stimmungsvollen Lied „Stimm ruft der Sänger“, aufs neue, worauf Herr Nieple das Andenken der gefallenen Vereinsmitglieder in warmen zu Herzen gehenden Worten feierte. In voller Würdigung und Anerkennung der heldenhaften Verdienste seiner gefallenen Mitglieder habe der Gesangsverein „Badenia“ beschlossen, deren Namen auf einer im Vereinslokal anzubringenden Ehrentafel zu verewinnen und sie damit kommenden Generationen als leuchtendes Beispiel treuester Pflichterfüllung bis zum Tode stets vor Augen zu halten. Während der letzten Rede der tief eindrucksvollen Ansprache wurde die mit der Vereinsfahne bedeckte Kiste und geschmackvolle Gedentafel enthüllt. Der Chor der „Badenia“ schloß die schlichte, aber gerade in dieser Einfachheit besonders ergreifende Feier mit dem Märchen Liede „Wie kommt ich dein vergessen“ und gab auch hierbei wieder Zeugnis von seinem einwandfrei schönen Können.

Fußball. Auf das heute abend auf dem Sportplatz des N.-V. Grünwinkel um 8 Uhr stattfindende Spiel gegen die Marinekommando aus Kiel wird auch an dieser Stelle hingewiesen. (E. heutiges Inserat.)

Gewerkschaftliches.

Reichstatar für die Angestellten bei Behörden.
Der Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstatarvertrages sind am 22. ds. Mts. soweit gediehen, daß der Vorertrag über den Gehaltssteil des Reichstatarvertrages abgeschlossen werden konnte mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1920. Nach nochmaliger redaktioneller Durcharbeit wird der Vorertrag unterschrieben und dann schnellstens in Wirkung treten.



Sehr wichtig! G. D. A. Sehr wichtig!

Gewerkschaftsbund der Angestellten.

Mittwoch, den 26. Mai 1920, abends 8 Uhr
im Saale des „Elefanten“

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Erläuterung der neuen Gehaltsregelung für kaufmännische Angestellte.
2. Kündigungen und Entlassungen.
3. Der kommende Reichstarif für Angestellte bei Behörden.

Erscheinen aller Mitglieder ist gewerkschaftliche Pflicht.

Zentralverband der Bäcker, Conditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Mitgliedschaft Karlsruhe.
Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr
findet im „Weißen Stöwen“ Kaiserstr. eine außerordentliche

Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
Bericht über den Verbands-Tag.
Referent: Kollege U. a. n. n. (Wannheim)
Um vollzähliges Erscheinen bitten
Der Vorstand.

Oeffentliche Wähler-Versammlung.

An Freitag den 28. Mai, abends 7/8 Uhr,
spricht der Führer der kommunist. Partei Deutschlands
Dr. Paul Levi
im großen Festhallaesaal. (Siehe Plakatsäulen.)
— Vorverkauf. —
Eintrittskarten, à 1 Mk., sind zu haben:
Saalbau Mühlburg, Bachstraße
Karlsruhe, Akademiestraße
Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13
Terminus, Durlacher Allee
Eiche, Kugartenstraße
An der Abendkasse am Eingang der Festhalle
von 7 Uhr an.
Eintritt in die Partei überstr. 4, 1. St.
K. P. D. (Spartakusbund)
Ortsgruppe Karlsruhe.

Arbeiter-Sängerkartell Karlsruhe.

Samstag, den 29. Mai, abends 7 Uhr,
findet im Saale des Restaurant Grünwald eine
kombinierte

Versammlung

der hiesigen Arbeiter-Gesangsvereine statt.
Tagesordnung:
1. Neuwahl des Gauvorstandes.
2. Verschiedenes.
An Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist
vollzähliges Erscheinen der gesamten Arbeiter-Gesangs-
vereine von Karlsruhe unbedingt erforderlich.
NB. Die Kartelldelegierten treffen sich zu
einer Vorbesprechung am Freitag abend 7/8 Uhr in
der „Goldenen Krone“ (Ludwigplatz).
Der Vorsitzende.

Welt-Kino

Telephon 5448 Kaiserstrasse 133

Heute und folgende Tage!
Der großen Nachfrage wegen
bis Freitag verlängert!

Nacht-Asyl

Sensations-Abenteuer
in 1 Vorspiel u. 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Rudolf Meinert.
Es versäume niemand
sich dieses überaus
spannend, interessant,
Filmwerk anzusehen.
Man beachte bitte die
ausgestellte Reklame.

Sowie das urgelungene Lustspiel

Auf der Kinobühne.

Lachen ohne Ende.

Kragen

-Wäscherei
Schorpp

Liefert schnellstens
**Stärke-
Wäsche**
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-
Wilhelmstr. 5,
Kaiserstr. 84 u. 243
Gerwigstrasse 48
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 82
Augustastrasse 18
Schillerstrasse 18
Kaiserallee 87
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstrasse 18.
Durlach: im
Hauptstrasse 15.

Laschen-Nähern
Wenn auch reparatur-
bedürftig, werden stets an-
gekauft in
Weintraube 2204
An- und Verkaufsgeschäft
53 Kronenstrasse 52

Möbel-Ausstellung

der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft
Badisch. Baubund G.m.b.H.

Karlsruhe
Karl-Friedrichstrasse 22
(Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8-12,
nachmittags 1-5 Uhr.
— Fernsprecher 5157 —

Zweigstellen

in Pforzheim, Bruchsal, Mosbach,
Offenburg, Freiburg, Villingen,
Singen a. H.
Verkauf handwerksmässig gearbeiteter
preiswerter und formschöner
Wohnungs-Einrichtungen
gegen Barzahlung oder 10/10
erleichterte Zahlungsbedingungen.

Moderne Gartenmöbel

Holz- und Eismöbel für Garten
Korb- und Korb- u. Veranden
Liegestühle mit u. ohne gepolstert
Feldstühle zusammenlegbar
Stroh-Teppiche, Cocos-Ersatzteppiche
Garten-Tischdecken abgepaßt
Sitzkissen f. Korb-
möbel

Sehenswerte Ausstellung und Verkauf im 4. Stok

Eisschränke • Vorratsschränke • Fliegenschränke
Fliegenglocken • Giesskannen • Blumengitter
Kirschen-Entkerner • Saftbeutel • Bohnenhobel
Bohnschnitzler • Fruchtpressen • Messingpfannen
bewährte Qualitäten — preiswert

Geschw. KNOPF

Dr. Levinger
Westendstr. 69 — Fernspr. 3085
ist zurückgekehrt

Die Bauarbeiter-Genossenschaft
„Selbsthilfe“
empfiehlt sich zur
Uebornahme und Ausführung von Bauarbeiten aller
Reparaturen, Umbauten etc., bei billigster
Berechnung.
Büro: Wilhelmstr. 47 II. — Telephon 2300.

**Residenz-
Lichtspiele**
Tel. 5111
Waldstraße 30

Ab heute!
Die Schiffskatastrophe
Sensations-Drama in drei Akten.
Wo die Lerche singt
Film-Operette in fünf Akten von Dr. A. M. Willner und
Hans Reichert.
Die tolle Ada. Lustspiel in zwei Akten.

**Residenz-
Lichtspiele**
Tel. 5111
Schillerstr. 22

Richtet nicht
Spannendes Gesellschafts-Drama in fünf Akten von
Karl Hegel.
Karlchen kauft eine Königin
Lustspiel in zwei Akten von Karl Viktor Plagge.

**Residenz-
Lichtspiele**
Tel. 5111
Kaiserstraße 5

Maria Evere
Die Geschichte einer Komödiantin in sechs Akten
mit **Lya Mara** in der Hauptrolle.
Tix und Greif im Lunapark
Köstliches Lustspiel.
Muss Liebe schön sein?
Lustspiel in drei Akten.

Tages-Ordnung

zu der am Dienstag, den 1. Juni 1920, vor-
mittags 9 Uhr, im Bezirksratsaal in Karlsruhe
stattfindenden

Bezirksrats-Sitzung.

1. Öffentliche Sitzung.
2. Beschlüsse der Verwaltung.
3. Beschlüsse der Verwaltung.
4. Beschlüsse der Verwaltung.
5. Beschlüsse der Verwaltung.
6. Beschlüsse der Verwaltung.
7. Beschlüsse der Verwaltung.
8. Beschlüsse der Verwaltung.
9. Beschlüsse der Verwaltung.
10. Beschlüsse der Verwaltung.

1422 **Bad. Bezirksamt I** D.-S. 156

Maul- und Klauenfange betz.
In der Gemeinde Eggenstein, Amt Karlsruhe
ist die Maul- und Klauenfange erledigt.
Karlsruhe, den 19. Mai 1920. 1421
Bezirksamt II. D.S. 175

Martensfreie Kartoffelabgabe

Infolge reichlicher Kartoffelernte dürfen die
Kartoffeln von heute ab in den Kleinverkaufsgeschäften
martensfrei an Jedermann
zu den festgesetzten Preisen abgegeben werden.
Karlsruhe, den 25. Mai 1920. 1415
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Anmeldung zum Warenbezug.

Im Laufe dieser Woche werden die Lebensmittel-
marken der Versorgungsperiode 139-142 ein-
schließlich abgegeben. Die Anmeldung zum Warenbezug
auf Grund des Bestellverfahrens muß bis spätestens
Mittwoch den 2. Juni erfolgt sein.
Die Anmeldung erfolgt für die Versorgungs-
perioden 140-143.

Die Marken der Versorgungsperiode 139 sind als
in den bisherigen Geschäften einzulösen.
Die Abgabe der abgestempelten Bestellscheine er-
folgt für die Verkaufsstellen
Nr. 201 bis 209 am Donnerstag, den 3. Juni
Nr. 101 bis 200 am Freitag, den 4. Juni
Nr. 1 bis 100 am Samstag, den 5. Juni

Die Kartenzahlung ist am Samstag nach-
mittags bis 3/4 Uhr gestattet.
Die vor kurzem durch Verfügung des Bezirks-
amtes geschlossenen Bäckereien werden zum Zwecke
der Kartenausgabe geöffnet.
Es sind dies Bäckerei
Semmer, Hans-Thomastraße 3 Bäder Nr. 74
Reumeter, Göbelsstraße 31 „119
Reiff, Kronstraße 27 „129
Sauer, Herberstraße 4 „140
Ehrlich, Margaretenstraße 43 „175
Jachmann, Rantelstraße 20 a „199

Die Bäckerei Schäfer, Schillerstraße 32, ist von
dem Bäckereimeister August Nieger übernommen
worden, welcher die Marken für die bisher dort ein-
getragene Bäckerei ausgibt.
Karlsruhe, den 25. Mai 1920. 1423
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Simeco-Besohlung

Eine eigenartige Neuerung
Größte Haltbarkeit — Wasserfest
Bedeutend billiger
Gummibesohlung in zweierlei Ausführung
Max Mailer
Karlsruhe, Georg Friedrichstr. 12.

Vollgatter- säger.

Wir suchen bei sofortigen
Eintritt einen tüch-
tigen Vollgattersäger, wel-
cher durch langjährige
Tätigkeit als selbständiger
Säger Erfahrung hat im
Gattersägen und Sägen-
schneiden von Hand und
mit Maschinen.
Angebote an 1408
S. Fuchs Söhne
Säge-, Hobelwerk und
Holzhandlung
Karlsruhe-Heinrichstr.

Raucher dank

ges. gesch. ermög-
lich in einigen Tagen das
Rauchen ganz od. teil-
weise zu unterlassen
Amtlich begutachtet.
Wirkung verplüßend.
Vollständig unschäd-
l. Tügl. Anerkennungen.
Auskunft umsonst.
Versandhaus Urania
München R. 39.
Waltherstr. 88. 967

Städt. Vierordtbad.

Kohlensäure Bäder
und elegante
Wannenbäder
I., II. u. III. Klasse.
Für Herren und
Damen geöffnet:
Werktags vorm. 9-1
Uhr, nachm. 2/4, bis
7/8 Uhr, Samstags
auch über die Mit-
tagszeit geöffnet.
An Sonn- u. Feiertagen
geschlossen.

Mehrere Holz- käufer

mit Zeugnissen
zum sofortigen Ein-
tritt gesucht.
Städt. Arbeitsamt
Säbingerstr. 102



Begungspreis-
Abholung in
gegen 8.30 M.

Die Deut-
Beröndel-

Der 2.
Hauptstück an
als Belegen-
ungsausföhr-
diger Beilag-
ung der
der Stimm-
und einer
das starke
Herrn Wils-
Bedeutung
Interessan-
eres früher
seine Bemü-
katastrophe
den Krieg
solle über
1917. Am
Goldbord
weihenheit
schluß, die
zu verlang-
das dem
v. Gold-
modi?

Felbm
v. Gold
Felbm
Ich kann
v. Gold
Berhältnis
Luden
Felbm
lehne ab.
Luden
v. Gold
Bertrauen
Felbm
Wir redn
berreitung
Krieg mu
Am
und Lude
tenwerfer
E. M. v.
versuchen
Hanz
H-Boostr
Finnen.
sten Cent
H-Boote
Englands
Zuwachs

Im g
Krieg er
Gew
stellen.
Mar
ber. mili
gewinnen
Der
Entschl
„W
stweind
Fehl
tu a li
mar I.
Der
gerung
rückwärts
rückwärts
Der
wohl wi
wegen.
Kar
Kriegse
Lut
in eine
an Kol
heutet
Truppe
leichter
nisse, d
lands
zerufen
allein
Ra
Krieg
St
fir
E
G
F
genheit
wieder
St
wenn
St
trafen
mahn
St
ober d